

Geopolitik zur Geoökonomie

Die strategische deutsch-russische Energiepartnerschaft und ihr Ende

Christian Zeller

Die Energiepolitik Deutschlands weist eine strategische geoökonomische Dimension auf. Wesentliche Sektoren der deutschen Wirtschaft orientierten sich seit den frühen 1970er Jahren darauf, günstige fossile Energieträger aus der UdSSR und ab 1991 aus Russland zu importieren. Dieser Orientierung entsprach auf politischer Ebene die Entspannungspolitik, die nach dem Zusammenbruch der bürokratischen Diktaturen in eine enge Partnerschaft mit den russischen Führungen um Jelzin und Putin überging. An dieser Orientierung hielten alle deutschen Regierungen und alle wesentlichen Wirtschaftssektoren bis zum großen russischen Krieg gegen die Ukraine 2022 fest.

Die strategische Partnerschaft mit dem fossilen Sektor in Russland war ein zentraler Bestandteil der Bestrebungen, die deutsche Wettbewerbsposition in den zentralen Exportsektoren zu halten oder zu verbessern. Ruhrgas bzw. E.ON und Wintershall auf deutscher Seite und Gazprom auf russischer Seite waren die Motoren und Träger dieser langfristigen Partnerschaft, die sie mit gegenseitigen Kapitalverflechtungen abstützten.

Der russische Krieg in der Ukraine und noch vielmehr der erbitterte ukrainische Widerstand zwangen die Regierung und wesentliche Kapitalfraktionen zu einer abrupten und umfassenden Umorientierung. Nun steht der massive Ausbau der Infrastruktur für Flüssiggas im Vordergrund. Industrie und Regierung verstehen den Einsatz von Erdgas weiterhin als Brücke, die den Kohleausstieg tragen soll. Eine Umorientierung zu einer Entfossilisierung ist nicht erkennbar.

1. Einleitung

Der Krieg des Putin-Regimes gegen die Menschen in der Ukraine und der anschließende Wirtschaftskrieg offenbaren, dass die Energiepolitik eine strategische geökonomische Dimension aufweist. Seit die Führung im Kreml die Gaslieferungen in mehrere europäischen Länder, darunter Deutschland, ausgesetzt hat, hat sich die Dringlichkeit verschärft, grundsätzlich über die Energieversorgung nachzudenken. Der aus ökologischen Gründen ohnehin erforderliche Ausstieg aus fossilen Energieträgern erlangt durch den Krieg eine weitere Tragweite. Doch die Regierungen in Europa, allen voran die deutsche, machen das Gegenteil. Sie investieren massiv in fossile Infrastruktur, ganz besonders in den Aufbau von Flüssiggasanlagen. Die kapitalintensive Infrastruktur amortisiert sich erst in Jahrzehnten. Darum ist davon auszugehen, dass die gegenwärtig getätigten Investitionen die Nutzung von Erdgas langfristig festschreiben. Eine ökologische Energiewende sähe anders aus. Es gibt höchstens ansatzweise eine Debatte darüber, wie der Energieverbrauch reduziert und der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern praktisch aussehen kann.

Seit den frühen 1970er Jahren orientierte sich die Führung des deutschen Kapitals auf partnerschaftliche Beziehungen zunächst mit der herrschenden Bürokratie in der UdSSR und anschließend mit den wesentlichen Kapitalfraktionen in Russland. Das Putin-Regime erfüllte während anderthalb Jahrzehnten die Rolle des benötigten Ordnungsfaktors, um vor dem Kapital in Europa und den USA sichere Investitionsbedingungen und eine zuverlässige Energieversorgung zu garantieren. Sogar die russische Annexion der Halbinsel Krim und militärischen Angriffe gegen die Ukraine ab 2014 brachten die Regierungen in Europa nicht vom Kurs der strategischen Partnerschaft mit dem Putin-Regime und der wesentlichen fossilen Kapitalfraktionen in Russland ab (Pirani 2022).

Die deutsche Regierung hielt über Jahrzehnte an dieser Energiepartnerschaft mit Russland fest und hätte sie auch gerne weitergeführt. Erst der Großangriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und vor allem der entschlossene und anhaltende ukrainische Widerstand gegen die Besatzungstruppen haben diese Konstellation beendet. Nun waren die Regierung und wesentlichen Kapitalfraktionen zu einer abrupten und umfassenden Umorientierung gezwungen. Die gesamte geopolitische und geökonomische Energiestrategie muss sich den grundlegend veränderten Gegebenheiten anpassen.

Ich analysiere in diesem Artikel die in den frühen 1970er Jahren begonnene langfristige Kooperation der deutschen Erdgasindustrie mit Russland. Dabei stelle ich drei Argumente zur Diskussion.

1. Die bereits in den frühen 1970er Jahren eingegangenen Kooperationen zur Lieferung russischen Erdgases und der Lieferung deutscher Röhren für die Pipelines markierte den Beginn der strategischen Orientierung wesentlicher Sektoren der deutschen Wirtschaft von der UdSSR günstige fossile Energieträger zu importieren. Dieser Orientierung entsprach auf politischer Ebene zunächst die Entspannungspolitik, die nach dem Zusammenbruch der bürokratischen Diktaturen in eine enge Partnerschaft mit den russischen Führungen um Jelzin und Putin überging. An dieser Orientierung hielten alle deutschen Regierungen und alle wesentlichen Wirtschaftssektoren bis zum großen russischen Krieg gegen die Ukraine 2022 fest. Der sowjetischen und anschließend russischen Regierung dienten die Gasgeschäfte ebenfalls dazu, geoökonomische und geopolitische Interessen durchzusetzen. Orientierten sich diese während der UdSSR auf die Erhaltung des Status Quo und Devisenbeschaffung, so ging es der russischen Führung ab etwa dem Jahr 2000 zunehmend um strategischen Einfluss im Energiesektor zur Stärkung russischer Interessen und Schwächung einer eigenständigen Ukraine.
2. Niedrige Energiepreise und vor allem günstiges Gas waren wesentliche Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft. Darum haben alle Regierungen diesem Aspekt eine besondere Bedeutung beigemessen. Die strategische Allianz mit dem fossilen Sektor in Russland diente somit auch den Bestrebungen die deutsche Wettbewerbsposition in den zentralen Exportsektoren zu halten. Mit dem Atomausstieg und dem Kohleausstieg hat sich diese Orientierung sogar noch akzentuiert. Der Einsatz von Erdgas als sogenannte Brückentechnologie, die den Kohleausstieg erleichtern soll, wurde verstärkt vorangetrieben. Beim Ausbau der Gasinfrastruktur spielt auch eine Rolle, dass davon ausgegangen wird, teilweise dieselben Pipelines auch für künftigen Transport von Wasserstoff zu nutzen.
3. Der Wegfall der russischen Gaslieferungen ist schwerwiegend und zwingt die deutsche Industrie und ihre Regierung zu einer wirklichen Neuausrichtung. Nun orientieren sich die Regierung und die wesentlichen Konzerne aber nicht in Richtung rasche Reduktion des Gasverbrauchs, vielmehr bauen sie die Infrastruktur für Flüssiggas massiv aus. Sie verstehen die Gasinfrastruktur und Einsatz von Erdgas weiterhin als Brücke, die den Kohleausstieg tragen soll. Eine Umorientierung zu einer Entfossilisierung ist nicht erkennbar.

Mit der Analyse der deutsch-russischen Energiepartnerschaft in den letzten fünf Jahrzehnten zeige ich in diesem Beitrag, dass wesentliche Teile

des deutschen Kapitals auf langfristig gute Beziehungen mit den Herrschern im Kreml gesetzt haben. Der hartnäckige Widerstand der Ukraine gegen die russischen Besatzungstruppen kam daher ungelegen.

Gewerkschaften und Sozialist:innen in Deutschland haben diese strategische Allianz wesentlicher deutscher Kapitalfraktionen mit dem fossilen Komplex in Russland kaum kritisch analysiert. Im Gegenteil, viele gingen in der Tradition der sozialdemokratischen Entspannungspolitik der 1970er Jahre sogar davon aus, dass diese Allianz im Sinne der Gesellschaften in Deutschland und Russland sei, der Vertiefung kooperativer politischer und wirtschaftlicher Beziehungen diene und sogar ein willkommenes Gegengewicht zum US-Imperialismus sein könne. Dieses Verständnis trägt den grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte in keiner Weise Rechnung. Es verkennt sowohl die imperialistischen Interessen der europäischen Mächte und Kapitalfraktionen als auch den autoritären und ebenfalls imperialistischen Charakter des russischen Herrschaftssystems.

Ich entwickle meine Argumentation wie folgt. Im *zweiten* Abschnitt beschreibe ich die zunehmende Bedeutung der Erdgasimporte aus Russland für die deutsche Energieversorgung. Anschließend analysiere ich im dritten Abschnitt die strategische Ausrichtung wichtiger Energiekonzerne auf den Bezug günstigen Erdgases aus Russland. Das war ein zentraler Aspekt der deutsch-russischen Allianz. Im vierten Abschnitt erkläre ich die Pfadabhängigkeit der deutsch-russischen Energiepartnerschaft und deren abrupten Bruch aus einer politökonomischen Perspektive. Im Fazit verdichte ich meine Erkenntnisse in fünf Schlussfolgerungen.

2. Langfristige deutsch-russische fossile Partnerschaft

Die Debatten in Deutschland über die Abhängigkeit der Energieversorgung von russischem Gas bewegen zumeist an der Oberfläche. Politiker:innen und Medienschaffende kritisieren die angebliche Blauäugigkeit der verschiedenen Regierungen. Einige führen die russlandfreundliche Politik faktenreich dokumentiert auf persönliche Netzwerke zurück (Bingener und Wehner 2023). Demgegenüber ist zu betonen, dass relevante Teile der deutschen Wirtschaft sich seit Jahrzehnten darauf ausgerichtet haben, Zugriff auf fossile Energieträger aus Russland zu erhalten. Die günstige Energie war eine zentrale Grundlage für das deutsche Exportmodell, wohlfahrtstaatliche Einrichtungen, gesellschaftliche Stabilität und die politische Integration der Gewerkschaften über die Sozialpartnerschaft. Die deutsch-

russische Partnerschaft war Ergebnis einer bewussten langfristig ausgerichteten strategischen Orientierung.

Gas als Brücke zur „Energiewende“ oder zur Verstetigung des fossilen Entwicklungspfads?

Die deutsche Industrie und Regierung setzen seit dem proklamierten Ausstieg aus der Kernenergie auf Erdgas als Übergangsenergieträger, da es flexibel einsetzbar ist. In Zeiten geringer Erzeugung von Strom durch erneuerbare Energieträger können Gaskraftwerke kurzfristig geschaltet werden. Ungeachtet der ebenfalls beträchtlichen Emissionsbelastung von Erdgas, vor allem durch den Ausstoß von Methan, stuft die Europäische Kommission in ihrer Taxonomie Erdgas als „vorübergehend nachhaltig“ ein. Dieser Beschluss kommt einem Zugeständnis an die Interessen der deutschen Industrie gleich. Damit soll der Ausstieg aus der Atomenergie und Kohlenutzung ohne weitergehende wirtschaftliche Umbaumaßnahmen bewerkstelligt werden (Fischer, et al. 2022: 259f). Daher ist es nicht überraschend, dass mehrere Studien bis 2030 nur eine leicht verringerte Nachfrage nach Erdgas von 6 Prozent bis 17 Prozent prognostizieren (BCG 2021; Dena 2021; Prognos, et al. 2021). Diese Szenarien und Prognosen reihen sich ein in die Einschätzung einer anhaltend zentralen Bedeutung von Erdgas in der Energieversorgung auf globaler Ebene. Die OPEC prognostizierte sogar eine Steigerung des weltweiten Gasverbrauchs von 2020-2045 von 64,2 auf 85,7 Millionen Barrel Öläquivalenten pro Tag, was einer jährlichen Zunahme von 1,2 Prozent gleichkommt (OPEC 2021).

Die von den europäischen Regierungen vorangetriebene Offensive für den Bezug von LNG wird allerdings langfristige Konsequenzen haben und die Pfadabhängigkeit von Gas verstärken. Denn knapp 80 Prozent der globalen Flüssiggasmengen werden über langfristige Verträge gehandelt. Zudem sind die Länder, die LNG liefern, daran interessiert, ihre umfangreichen Investitionen durch langfristige Verträge zu amortisieren (Fischer, et al. 2022).

Die Industrie absorbiert mit 338 TWh 36 Prozent des Gesamtverbrauchs von Erdgas in Deutschland (Prognos 2022: 12-15). Die Grundstoffchemie ist mit einem Bedarf von 120 TWh vor allem für Prozesswärme der weitaus größte industrielle Verbraucher von Erdgas. Die Grundstoffchemie verfügt über besonders erdgasintensive Produktionsprozesse. In der organischen Chemieproduktion ist Gas Bestandteil in der Produktionskette zahlreicher Industrieprodukte. Die gesamte Chemieindustrie weist ei-

nen Anteil von rund 15 Prozent auf. Allein auf den Verbundstandort Ludwigshafen entfallen 4 Prozent des gesamten deutschen Erdgasverbrauchs. Auch die Nahrungsmittelindustrie mit 34 TWh und Papierindustrie mit 28 TWh und sowie die Eisen- und Stahlindustrie verbrauchen viel Gas als Endenergie.

Die weltweiten Gaspreise unterscheiden sich beträchtlich. Von 2009 bis zum Beginn des russischen Besatzungskrieges in der Ukraine lagen die Preise von Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG) in Japan deutlich über den Erdgaspreisen in Europa und diese waren wiederum höher als die Erdgaspreise in den USA (World Bank 2022: Fig 5A; Baffes und Nagle 2022: Fig. 1.5 F). Das heißt, die europäische Industrie vermochte über eine lange Zeit von – verglichen mit der Konkurrenz in Asien – günstigen Gaspreisen profitieren. Die mit Pipelines an das billigere russische Erdgas angeschlossene deutsche Industrie hatte wiederum einen Vorteil gegenüber europäischen Rivalen, die bereits früher mehr auf Flüssiggas angewiesen waren. Martin Brudermüller, Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns BASF, erklärte am 3. April 2022 in einem Interview mit Focus unmissverständlich, warum russisches Gas attraktiv war (Brudermüller 2022): „Warum haben wir das russische Gas? Doch nicht aus Naivität, sondern weil es immer am billigsten war. Auf dem günstigen russischen Gas gründete die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie – und damit die Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Über unsere damalige Tochtergesellschaft Wintershall waren wir in den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Gaswirtschaft involviert.“

Die zuverlässige Versorgung und ein günstiger Gaspreis gelten als zentrale Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit in jenen Sektoren, die Gas sowohl als wichtigen Energieträger als auch zur stofflichen Umwandlung bei der Produktion ihrer Erzeugnisse brauchen. Dazu zählen in Deutschland die Grundstoffchemie, Papier-, Keramik-, Stahl- und Lebensmittelindustrie.

Gasimporte nach Deutschland

Hoch war die Abhängigkeit der deutschen Industrie von russischen Importen bei den fossilen Energieträgern, ganz besonders beim Erdgas. Deutschland deckte in den Jahre 2021 und 2022 knapp 95 Prozent des Inlandsbedarfs an Erdgas durch Importe. Nur etwas mehr als 5 Prozent stammten aus eigener Förderung (AG Energiebilanzen 2022; BdEW 2022: 15). Zu Beginn des Erdgasphase Mitte der 1960er Jahre kam die einheimische Förderung immerhin knapp die Hälfte des Bedarfs auf.

Seit den ersten Gaslieferungen aus der UdSSR in den frühen 1970er Jahren wurden die russischen Gaslieferungen sowohl absolut wie anteilmäßig stetig umfangreicher. Die Abbildung 1 in Terajoule und Abbildung 2 in Milliarden Kubikmeter zeigen uns die Entwicklung der deutschen Erdgasimporte von 1960 bis 2020. Bis zum Jahr 2020 kletterte der Anteil des von Russland importierten Erdgases auf über 55 Prozent. Der Anteil aus Norwegen stieg bis 2012 auf 35 Prozent, fiel dann bis 2018 auf 24,5 Prozent zurück und erhöhte sich seither wieder auf über 30 Prozent. Die Bedeutung des Erdgases aus den Niederlanden blieb über viele Jahre bei 23 Prozent bis 25 Prozent, ging allerdings in den letzten Jahren zurück und betrug 2020 noch knapp 13 Prozent.

Deutschland bezog 2021 allerdings auch mehr als ein Drittel des Rohöls und fast die Hälfte der Steinkohle aus Russland. Die jährlichen Steinkohleimporte aus Russland kletterten von geringfügigen Mengen oder wenigen Hundert Millionen Tonnen in den 1990er Jahren auf 100 knapp 1 Mio. im Jahr 2000 und schließlich auf über 20 Mio. Tonnen im Jahr 2001. Doch während die Steinkohleimporte innerhalb weniger Monate ersetzt werden können, ist die Substitution russischen Mineralöls an den Raffineriestandorten in Ostdeutschland, die ursprünglich an das Pipelinennetz der UdSSR angeschlossen wurden, anforderungsreicher. Noch größer sind die Herausforderungen beim Ersatz des Erdgases aus Russland (Statista 2022; Fischer, et al. 2022: 259).

Auch für die ganze EU war Russland die wichtigste Quelle von fossilen Energieträgern. Die EU bezog in den 2010er Jahren rund 40 Prozent ihrer Gasimporte, 30 Prozent der Ölimporte und über ein Drittel der Kohleeinfuhren aus Russland (Eurostat 2020: 15). Die Denkfabrik Bruegel errechnet teilweise sogar höhere Anteile. So sei beim Import von Kraftwerkskohle, die zur Stromerzeugung genutzt wird, die russische Kohle auf fast 70 Prozent gelegen. Auch zwischen 20 und 30 Prozent der importierten Kokssteinkohle zur Eisen- und Stahlproduktion sei aus Russland gekommen (Zachmann, et al. 2022).

Die Förderung in den Niederlanden ist seit 2014 rückläufig und wird voraussichtlich 2025 enden. Vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine dachte man daran, das niederländische Gas durch eine Steigerung des Pipeline-Gases aus Russland oder durch LNG aus verschiedenen Ländern zu ersetzen. Drei LNG-Terminals an den Standorten Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade sowie ein Verteilungszentrum in Rostock für den Import von LNG befanden sich bereits vor dem Kriegsbeginn in Planung (Kukuk, et al. 2020: 98).

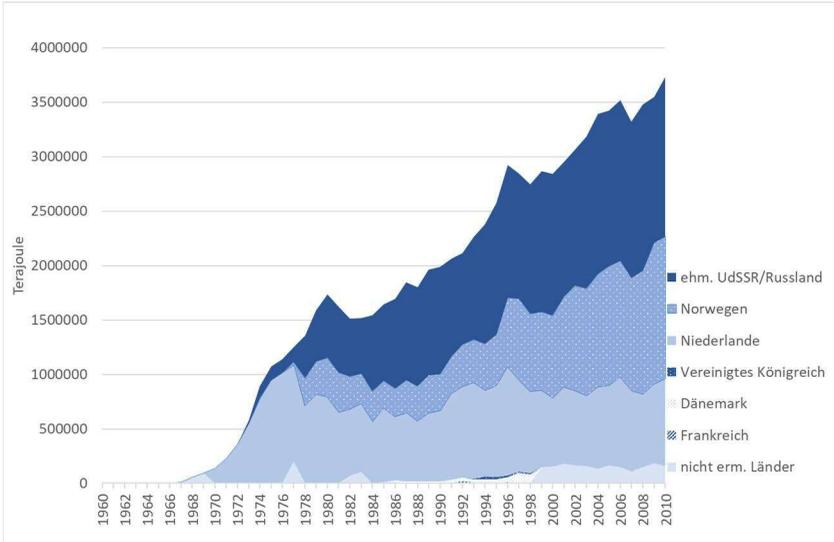


Abbildung 1 | Die Entwicklung der deutschen Erdgaseinfuhren 1966 bis 2010

Eigene Grafik nach Daten von BAFA (2011: 17).

Aus Datenschutzgründen werden 1999-2010 Einfuhren aus Dänemark und Vereinigtes Königreich unter 'nicht ermittelte Länder' ausgewiesen.

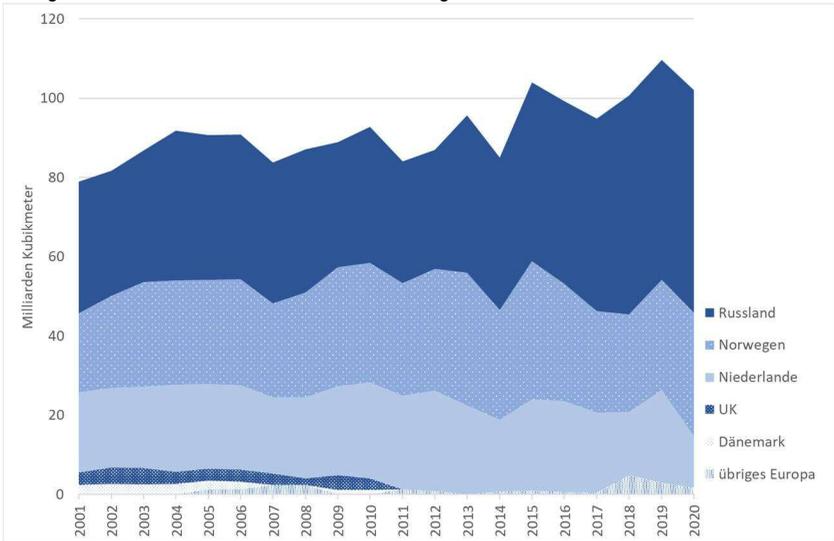


Abbildung 2 | Netto-Gasimporte nach Deutschland 2001–2020

Eigene Grafik gestützt auf BP Statistical Review of World Energy Reports von 2002 bis 2022.

Der europäische Gasbedarf wurde 2021 zu etwa 80 Prozent über verschiedene Pipelines gedeckt. Die wichtigsten Pipelinerouten für russisches Gas waren bisher Nord Stream 1 durch die Ostsee, die Jamal-Leitung über Weißrussland und Polen sowie der Ukrainekorridor. Weitere Pipelineverbindungen bestehen mit Norwegen, Nordafrika und Aserbaidschan. 20 Prozent des Bedarfs wurden als Flüssiggas (LNG) per Schiff geliefert und an dafür vorgesehen Terminals wieder regasifiziert. Während Deutschland fast ausschließlich günstiges Erdgas über die effizienteren Pipelines bezog, importierten Spanien, Portugal und Frankreich große Mengen teureren Flüssiggases (Fischer, et al. 2022: 259f).

3. Die deutsch-russische Energiepartnerschaft

Die deutsch-russische Energiepartnerschaft begann in den frühen 1970er Jahren und erhielt nach dem Zusammenbruch der bürokratischen Diktaturen 1989-91 einen weiteren Schub. Dabei schoben sich in Deutschland die politischen und wirtschaftlichen Akteure gegenseitig die Bälle zu und sorgten dafür, dass jede politische und wirtschaftliche Hürde übersprungen wird. In diesem Abschnitt zeige ich wie deutsche Regierungen und Energiekonzerne ihre Energiepartnerschaft mit den entsprechenden Akteuren in der UdSSR und Russland aufbauten. Die Pipelineprojekte hatten immer eine politische und wirtschaftliche Komponente, und zwar sowohl auf deutscher als auch sowjetischer bzw. russischer Seite.

Öl, Gas und Beginn einer Partnerschaft

Nach der Entdeckung eines großen Gasfeldes bei Groningen wurden die Niederlande in den 1960er Jahren der erste Gasexporteur in Europa. Die niederländischen Lieferungen setzten 1963 ein und machten bis Oktober 1973 den größten Teil des in der Bundesrepublik Deutschland verbrauchten Erdgases aus. Die einheimische Förderung deckte knapp die Hälfte des Bedarfs. Die deutschen Erdgasgeschäfte mit der UdSSR wurden in den späten 1960er Jahren unter Außenminister Willy Brandt eingeleitet. Wirtschaftsstaatssekretär Klaus von Dohnanyi verhandelte bereits 1968 in Moskau. Am 1. Februar 1970 unterzeichneten die deutschen und russischen Partner dreiseitige Verträge zur Lieferung deutscher Großröhren durch bundesdeutsche Firmen, Erdgaslieferungen durch die UdSSR und Gewährung von Krediten an Russland durch westdeutsche Banken. Die in Essen ansässige damalige Ruhrgas AG (später in E.ON und dann in Uniper aufgegangen) erhielt damit Zugang zu sowjetischem Gas. Lieferant des Gases

und Abnehmer der Röhren war das sowjetische Unternehmen Promsyrjoimport. Die Ruhrgas AG entwickelte sich zum größten Erdgasimport- und Verteilunternehmen in Deutschland mit einer nahezu monopolartigen Stellung. Die deutschen Stahlkonzerne Hoesch, Mannesmann und Thyssen erschlossen sich damit den vielversprechenden Absatzmarkt in der UdSSR. Die entdeckten Gasvorkommen in der UdSSR ließen den Bau eines umfangreichen Pipelinenetzes erwarten. Die Verträge umfassten die Lieferung von 2000 km Großröhren. Die Deutsche Bank übernahm die Führung des Finanzkonsortiums mit der sowjetischen Außenhandelsbank VTB als Partnerin. Damit verschafften sich der deutsche Staat und die Industrie früh Zugang zu den großen Gasvorkommen in Sibirien. Eine jahrzehntelange strategische Zusammenarbeit des deutschen Kapitals zunächst mit der herrschenden Sowjetbürokratie und ihren Staatskonzernen, die ab 1991 als Partnerschaft mit den zentralen Fraktionen des russischen Kapitals intensiviert wurde, nahm seinen Anfang (Becker 2010: 125; Theurer 2022; Waschinski 2022; Dokzentrum 2022).

Das Erdgas aus Russland begann ab 1973 durch die Pipeline über die tschechische Grenze bei Waidhaus ins Netz der Ruhrgas AG zu fließen, die zu jener Zeit die alleinige Importeurin war. 1977 kamen Lieferungen aus Norwegen und eine kleine Menge aus Dänemark dazu. Erdgas galt damals als Übergangslösung zwischen Kohle und Kernenergie. Der Anteil des Kokereigases schrumpfte bis 1974 auf einen Anteil von noch 11,5 Prozent. Ende der 1970er war der Übergang von Kokereigas auf Erdgas abgeschlossen. Die frühere Sowjetunion wurde bereits in den 1980er Jahren wichtigster Erdgas-Lieferantin für die BRD. Der Anteil der Importe aus der UdSSR stieg bis 1989 stetig auf dreißig Prozent an. Die inländische Erzeugung verringerte sich auf einen Anteil von rund einem Fünftel (Leuschner 2008c: 26-27, 33).

Gleichzeitig mit der BRD begann auch die DDR seit 1973 Erdgas aus Russland zu beziehen, und zwar primär für industrielle Zwecke und zur Stromerzeugung. Die Haushalte kochten weiterhin mit Kokereigas aus dem Kombinat Schwarze Pumpe bei Schwedt. Die DDR erhielt ihr Erdgas sogar ausschließlich aus der Sowjetunion. Die DDR bezog das Gas ebenfalls über die Tschechoslowakei bei Sayda in Sachsen ins Netz der VNG. Das Netz der VNG (Verbundnetz Gas) umfasste 1700 Kilometer (Leuschner 2008c: 33; 2008b).

Die mit der UdSSR verbündeten Ostblockstaaten erhielten Öl und Gas lange Zeit unter Weltmarktpreisen. Mit der bereits 1964 fertiggestellten Öl-Pipeline *Druschba* (Freundschaft) transportierte die UdSSR das Erdöl schneller und in größeren Mengen als zuvor aus den Feldern des Wolga-

Ural-Gebiets in westliche Richtung. Der Nordstrang führte nach Polen und in die DDR, der Südstrang schloss Ungarn und die Tschechoslowakei an die Pipeline an (Perović 2022: 79, 89f).

Neutrale Nachbarstaaten wie Schweden und Finnland sowie ab Ende der 1950er Jahre besonders Italien und ab den 1960er Jahren Österreich bezogen Öl aus der Sowjetunion. Italienische und deutsche Stahlkonzerne wie Mannesmann, Ferrostaal, Hoesch und Phoenix-Rheinrohr lieferten Großrohre für die Pipeline. Die sowjetischen Öllieferungen für Deutschland setzten ebenfalls bereits vor der auf Entspannung ausgerichteten Ostpolitik der 1970er Jahre ein und boten ihr eine wichtige Grundlage. Die *Druschba* diente auch als ein Machtinstrument der Herrscher im Kreml, zunächst der Sowjetbürokratie und anschließend den Cliques um Jelzin und Putin (Bösch 2022).

Die Entspannungspolitik und insbesondere die auf Verständigung mit der Sowjetbürokratie ausgerichtete bundesdeutsche Ostpolitik boten der Energiepartnerschaft mit der UdSSR ab Ende der 1960er Jahre die politische Rückendeckung. Die „Pipeline-Diplomatie“ wiederum sollte zur langfristigen Verbesserung der Beziehungen beitragen. Die gegenseitigen Abhängigkeiten wurden als stabilisierungsfördernd verstanden. Neben der sozialliberalen Bundesregierung bauten auch Italien und Österreich ihren Energiebezug aus der UdSSR deutlich aus. Die Ölkrisen 1973 und 1979 verliehen dem Energiehandel mit der UdSSR einen weiteren Schub. Man wollte die Abhängigkeit von Lieferungen aus arabischen Ländern zu reduzieren. Das Streben nach Energiesicherheit bei langfristig stabilen Lieferungen und günstigen Preisen motivierten die Industrie und die Regierung angesichts der Instabilität im Mittleren Osten und der Preispolitik der OPEC dazu, die Partnerschaft mit der UdSSR und anschließend Russland auszubauen und langfristig auszurichten. Bereits damals wurde Gas als umweltfreundlichere, günstigere und länger vorhandenen Alternative zu Erdöl angepriesen. Besonders die deutschen Stahlkonzerne profitierten von den Öl- und Erdgas-Röhren-Geschäften.

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 und der von Russland unterstützte Militärputsch in Polen im Dezember 1981 gegen die unabhängige Arbeiter:innenbewegung und die Gewerkschaft *Solidarnosc* waren für die westlichen Regierungen keine Gründe den Gashandel einzuschränken. „Wer Handel miteinander treibt, schießt nicht aufeinander“, pflegte Bundeskanzler Schmidt zu sagen. Man schätzte die UdSSR als verlässlichen Partner (Bösch 2022). Egon Bahr, wichtiger SPD-Politiker der 1970er und 80er Jahre, zeigte gegenüber dem Militärputsch unter Führung

des Generals Jaruzelski ausdrücklich Verständnis, beschuldigte die verbotene Gewerkschaft Solidarnosc den Frieden in Europa zu gefährden und argumentierte, dass die demokratischen Anliegen der Menschen in Polen gegenüber dem Frieden der Blöcke und den Interessen der Sowjetbürokratie zurücktreten müssten (Bahr 1981) (vgl. Bingener und Wehner 2023: 63).

Allerdings mussten bereits 1973 die Sowjetrepubliken Ukraine und Belarus Verknappungen hinnehmen, als das sibirische Gas noch nicht in der gewünschten Menge floss, die UdSSR aber ihren vertraglichen Pflichten mit Deutschland pünktlich nachkam. Die Sowjetunion erhöhte die Energiepreise und verknappte vereinbarten Liefermengen für die verbündeten osteuropäischen Staaten, um mehr Devisen einzunehmen. Der Einbruch der Ölpreise ab 1985 verminderte die Deviseneinahmen und trug zur sich anbahnenden gesellschaftlichen Krise bei (Bösch 2022).

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Schmidt vereinbarte mit der sowjetischen Regierung 1980 ein Abkommen zur langfristigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wenig später setzten Verhandlungen über ein erstes Pipelineprojekt ein. Die US-Regierung unter Präsident Reagan stellte sich zunächst energisch gegen die Pipeline, akzeptierte sie nach deutschen Zugeständnissen aber. Die deutschen Regierungen willigten ein, die Rohrleistung zu begrenzen und eine restriktive Kreditpolitik gegenüber dem Kreml durchzusetzen (bpb 2022).

Auch Bundeskanzler Kohl ab 1982 baute die Gaspartnerschaft mit der UdSSR aus. Der Anteil des Gases aus Sibirien stieg bereits in den 1980er Jahren auf rund 40 Prozent an. Nach dem Zusammenbruch der bürokratisch-staatskapitalistischen Diktaturen setzen die sowohl die deutschen wie auch die russischen Regierungen die Energiepartnerschaft nahtlos fort. Gas wurde zudem zunehmend als ökologisch verträglichere Alternative zu Kohle und Öl dargestellt. Deutschland entwickelte sich zum größten Abnehmer russischen Gases. Bundeskanzler Schröder und anschließend Außenminister Steinmeier setzen sich in den 2000er Jahren für einen „Wandel durch Handel“ und einen „Wandel durch Verflechtung“ ein. Die europäischen Länder wurde auch für Russland immer wichtiger. Sie nahmen rund 90 Prozent der russischen Gasexporte ab. Alle 27 EU-Staaten bezogen rund 40 Prozent ihres Gases aus Russland.

Die in dieser Zeit von der EU vorangetriebene Liberalisierung des Gasmarktes kommerzialisierte scheinbar die Beziehungen weiter. Regierungsvertreter:innen übernahmen die Sprache der Konzerne. Es gehe bei den russischen Gaslieferungen nicht um Politik. Das seien vielmehr normale Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen. Mit diesem Diskurs wurden auch die Annexion der Halbinsel Krim durch Russland sowie der durch

Russland 2014 initiierte Krieg im Osten der Ukraine außenvor gelassen. Die nach der russischen Annexion der Krim verhängten EU-Sanktionen gegen Russland nahmen den Gassektor aus. Kurz darauf trotzte die deutsche Regierung der internationalen Kritik und genehmigte den Bau der Pipeline Nord Stream 2. Nach 2018 stiegen die Erdgasimporte aus Russland nochmals deutlich an (Bösch 2022).

Die Pipelineprojekte und die Erschließung der sibirischen Gasfelder hatten sowohl für die russische als auch deutschen Partner einen wirtschaftlichen und (geo-)politischen Zweck. Das wird in den nachfolgend analysierten Konzernstrategien und im Verhältnis zur Ukraine deutlich.

Deutsche Konzerne erschließen sich russische Gasquellen und Gazprom steigt in Deutschland ein

Der Zusammenbruch der bürokratischen Diktaturen in Osteuropa und die Angliederung der DDR an die BRD eröffnete den deutschen Energiekonzernen neue Möglichkeiten. Der Chemiekonzern BASF begann eine intensive Kooperation mit dem russischen Konzern Gazprom, der zuvor bereits wichtigster Lieferant der Ruhrgas AG war. BASF wollte sich der Abhängigkeit von der Ruhrgas entledigen und eine eigene Bezugsquelle erschließen. Die BASF-Tochter Wintershall und Gazprom schlossen am 26. September 1990 einen ersten Kooperationsvertrag ab. Kurz darauf am 9. November gründeten sie das Gemeinschaftsunternehmen Wintershall Erdgas Handelshaus GmbH (WIEH) zur Beschaffung, den Transport, die Speicherung und die Vermarktung von Erdgas in verschiedenen europäischen Ländern. Wintershall hielt die knappe Mehrheit und Gazprom den Rest. 1993 begann die Wingas, ebenfalls als Joint Venture von Wintershall (65 Prozent) und Gazprom (35 Prozent), die Geschäftstätigkeit im Handel und Vertrieb von russischem Erdgas mit einem eigenen Pipelinetz.

Gazprom gründete im selben Jahr das deutsche Tochterunternehmen ZZG Zarubezhgaz-Erdgashandel-Gesellschaft mbH. Dieses hielt für ihre Mutter die Beteiligungen an WIEH, Wingas und VNG. Hans-Joachim Gornig, der frühere Regierungsbeauftragte der DDR für den Erdgasleitungsbau, erhielt den Posten des Geschäftsführers. Dieser soll unmittelbar vor dem Ende der DDR der Gazprom vorgeschlagen haben, die Erdgaslieferungen über eine private Firma abzuwickeln, um gemeinsam die Gewinne abzuschöpfen (Leuschner 2008b). Der Bürokrat bereitete frühzeitig seine persönliche Transformation zum Kapitalisten vor.

Die WIEH vereinbarte am 27. November 1991 mit Gazprom einen Liefervertrag für über 5,9 Mrd. Kubikmeter Erdgas zur Versorgung der neuen

Bundesländer (Leuschner 2008c: 35). Die Allianz mit BASF eröffnete Gazprom neben der bisherigen Alleinabnehmerin Ruhrgas AG, die unterdessen die ostdeutsche Verbundnetz Gas (VNG) unter Kontrolle genommen hatte, einen zweiten Vertriebskanal aufzubauen. Gazprom verkaufte dann die für die VNG bestimmte Menge Gas zu attraktiveren Preisen (Leuschner 2008b).

Kurz danach im Oktober 1991 eröffnete die WIEH eine offene Konfrontation mit der Ruhrgas AG und verlangte höhere Preise vom ostdeutschen Netzbetreiber VNG¹. Eine Schlichtung brachte zwar höhere Preise, doch der Kampf um Marktmacht und Kontrolle der Pipelineinfrastruktur ging weiter. 1994 wollte die WIEH erneut Preissteigerungen durchsetzen und drohte mit einem Lieferstopp. In Moskau einigten sich die Regierungsvertreter Deutschlands und Russlands auf einen Kompromiss und einen erneut höheren Preis. Damit beendeten Wintershall mit BASF im Rücken und Ruhrgas ihren dreijährigen „Gaskrieg“ (Leuschner 2008c: 35-37). Die Wintershall setzte in diesem dreijährigen Gaskrieg um die Lieferkonditionen der VNG ihre Preisforderungen durch und etablierte sich als zweite Erdgasimporteurin in Deutschland. Im Gegenzug beteiligte sich Ruhrgas mit einigen Prozentanteilen am Kapital von Gazprom. Später, im Jahr 2000, nahm sie durch ihren Vorstandsvorsitzenden Burkhard Bergmann sogar Einsitz im Direktorenrat von Gazprom (Leuschner 2008b).

Fortan intensivierten sich die deutsch-russischen Geschäftsbeziehungen. WIEH und VNG unterzeichneten Anfang Februar 1994 einen Liefervertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Die VNG verpflichtete sich, von 1994 bis 1998 jährlich 3,5 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas zu kaufen. Ab 1999 steigerten die Vertragspartner:innen die Bezugsmenge auf 7 Milliarden Kubikmeter (Leuschner 2008c: 35-37).

BASF trieb über das Tochterunternehmen Wintershall AG in den frühen 2000er Jahren die Expansion in Russland voran. Die Wintershall AG gründete am 17. Juli 2003 mit Gazprom das Gemeinschaftsunternehmen Urengoygazprom zur Förderung von Erdgas aus dem Achimov-Horizont des Urengoy-Feldes in Westsibirien. Das Feld liegt 2500 Kilometer nordöstlich von Moskau. Gazprom begann schon in den 1970er Jahren Erdgas und Kondensat aus leichter zugänglichen Lagerstätten zu fördern. Das In-

¹ Verbundnetz Gas, 1990 privatisiertes Nachfolgeunternehmen der VEB Verbundnetz Gas mit einem 35 Prozent Aktienanteil der Ruhrgas AG, ab 1991 hielten Wintershall 15 Prozent, 14 ostdeutsche Städte 15 Prozent sowie die British Gas, die französische ELF, die russische Gazprom, die norwegische Statoil und der ostdeutsche Gasproduzent Erdöl-Erdgas GommernGaz jeweils 5 Prozent.

vestitionsvorhaben für das Pilotprojekt zur Erschließung der tiefer gelegenen Lagerstätten ab 2004 umfasste rund 90 Millionen Dollar. Die Vereinbarung sah einen weiteren Ausbau ab 2008 für rund 600 Millionen US-Dollar vor. Wintershall und Gazprom beteiligten sich jeweils zur Hälfte an Urengoygazprom. Gazprom übernahm und vermarktete das geförderte Gaz vollständig. Das war bislang eines der größten Investitionsvorhaben eines deutschen Unternehmens in Russland. Die Muttergesellschaft BASF garantierte mit ihrer Finanzkraft die erforderliche Stabilität für Wintershall (Leuschner 2003b)

Deutsche Beteiligung an Gasfeldern in Sibirien und Nord Stream 1

Nach der Gründung des Gemeinschaftsunternehmens Urengoygazprom mit Wintershall zur Förderung von Erdgas aus dem Urengoy-Gasfeld verfügte Gazprom fortan die Möglichkeit Ruhrgas und Wintershall mit BASF im Rücken gegeneinander auszuspielen. Anfänglich sahen weder E.ON Ruhrgas noch BASF den Sinn am russischen Projekt einer Pipeline durch die Ostsee. Sie bezweifelten die Wirtschaftlichkeit, da die Kapazitäten der bestehenden Pipelines durch Polen und die Ukraine ausreichten. E.ON beschränkte sich auf die Unterzeichnung einer unverbindlichen Absichtserklärung im August 2004. BASF hingegen zeigte weitergehendes Interesse als ihr Gazprom anbot, sich am neuen sibirischen Gasfeld Jushno Russkoje zu beteiligen. Gazprom und BASF vereinbarten das Erdgasfeld gemeinsam zu erschließen und auszubeuten sowie eine Pipeline durch die Ostsee zu bauen (Leuschner 2008b). Nun wollte E.ON nicht außen vor bleiben und schloss sich dem Konsortium an. E.ON erhielt im Juli 2006 ebenfalls die Möglichkeit – wie BASF – einen 25 Prozent Anteil am Erdgasfeld Jushno Russkoje zu übernehmen. Im Gegenzug konnte sich Gazprom an zwei ungarischen Gasunternehmen sowie an Kraftwerken und Erdgasspeichern in verschiedenen Ländern Europas beteiligen (Leuschner 2008b).

Über Hans-Joachim Gornig, den Geschäftsführer des Tochterunternehmens ZZG Zarubezhgaz-Erdgashandel-Gesellschaft mbH, teilte Gazprom im Dezember 2005 mit, dass Gazprom selber auf dem deutschen Markt tätig werde. Man denke daran, sich an Stadtwerken zu beteiligen und einen größeren Anteil an der VNG zu übernehmen, der damals nur 5 Prozent betrug (Leuschner 2008b). Am 16. Oktober 2006 wurde das Unternehmen in Gazprom Germania GmbH umbenannt. Zu jener Zeit hielt Gazprom Germania für ihren Mutterkonzern strategische Beteiligungen an Wingas (35 Prozent), WIEH (50 Prozent) und VNG (5,26 Prozent). Über die hundert-

prozentige Tochter ZMB besaß sie weitere Tochtergesellschaften und Beteiligungen in Deutschland, Österreich, Großbritannien, Türkei, Tschechien und Venezuela (Leuschner 2006).

Im Juli 2005 sicherte sich auch die VNG bedeutende Erdgaslieferungen bis zum Ende 2030. Der entsprechende Importvertrag mit der deutsch-russischen WIEH, der die Lieferung von rund 90 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland mit einem Volumen von 20 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 bis Ende 2030 umfasste, wurde in der Moskauer Zentrale des hälftigen Mutterkonzerns der WIEH, der OAO Gazprom, unterzeichnet. Der Vertrag schloss an einen bisherigen Liefertrag mit einer Laufzeit bis Ende 2013 an. Die langen Zeiträume illustrieren, wie langfristig die Akteure in diesem Feld handeln. Der Vorstandsvorsitzende der VNG, Klaus-Ewald Holst, unterstrich die strategische Tragweite des Abkommens: „Mit der Unterzeichnung dieses langfristigen Importvertrages setzen wir die über 30 Jahre bewährte Partnerschaft mit unseren Lieferanten für russisches Erdgas fort. Das bringt uns Vorteile im weltweiten Wettbewerb um Energieträger.“ (VNG 2006) Im Februar 2012 konnte Gazprom endlich ihren Anteil an der VNG auf 10,52 Prozent aufstocken, als der russische Konzern die Anteile der französischen GDF Suez übernahm (Handelsblatt 2012).²

Die russische Strategie bestand darin, europäischen Konzernen Minoritätsanteile an Erdgasfeldern in Sibirien zu verkaufen, um sich im Gegenzug mit Gazprom an europäischen Energiekonzernen zu beteiligen und Marktanteile in Europa zu ergattern. Beispielsweise überließen BASF und E.ON der Gazprom bedeutende Marktanteile in Europa (Leuschner 2022). Gazprom begleitete diese Expansionsstrategie mit einer umfassenden Pflege des öffentlichen Erscheinungsbildes und einer breiten Marketing-Strategie. Der ab 2006 geltende Sponsoringvertrag mit Schalke 04 diente dazu, den Konzern in Deutschland in öffentliche Bewusstsein zu bringen (Leuschner 2006, 2022).

Auf der anderen Seite nutzten E.ON Ruhrgas und BASF/Wintershall die engen und strategisch ausgerichteten Beziehungen und kapitalmäßigen Verflechtungen mit dem russischen Hauptlieferanten Gazprom, um sich direkt an der russischen Gasförderung zu beteiligen. Daher war es folgerichtig, dass die drei Konzerne gemeinsam seit den frühen 2000er Jahren das Projekt einer Gaspipeline durch die Ostsee, um Russland – ohne Transit durch die Ukraine und Polen – direkt mit Deutschland zu verbinden, vorantrieben (Leuschner 2008a).

² Im Juli 2015 verkaufte Gazprom seine Anteile an EWE. Im Oktober 2015 veräußerte EWE seinen VNG-Anteil von 74,2 Prozent an EnBW. Im Gegenzug trennte sich die EnBW von ihrer 26-prozentigen Beteiligung an EWE.

Der Bau der Nord Stream 1 Pipeline war ein entscheidendes Kettenglied zur Vertiefung und Verstärkung der deutsch-russischen Energiepartnerschaft. Die Bundesregierung der SPD und Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder unterzeichnete im Jahr 2005 eine Absichtserklärung für den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 1. Die vorgesehene Trasse durch die Ostsee umging alle osteuropäischen Länder. Der frühere Bundeskanzler Schröder, der sich wenige Wochen nach seiner Abwahl 2005 in den Aufsichtsrat von Gazprom setzen ließ, wurde Aufsichtsratsvorsitzender der Trägergesellschaft von Nord Stream, also des Projekts, das er bereits als Bundeskanzler zusammen mit Putin vorangetrieben hatte (Leuschner 2008b). Selbstverständlich orchestrierte politische Prominenz der EU, Deutschlands und Russlands den Baubeginn von Nord Stream im April 2010 (Leuschner 2022).

Im November 2011 nahm Gazprom mit den vier Minderheitspartnern E.ON, BASF, Gasunie und GDF Suez den ersten Gaspipelinestrang von Nordstream 1 durch die Ostsee nach anderthalbjähriger Bauzeit in Betrieb. Ende 2012 wurde auch der zweite Pipelinestrang eröffnet. Damals wurden die Gesamtkosten auf vorläufig 7,4 Milliarden Euro veranschlagt. Die Anteilseigner der Nord Stream AG trugen bloß 30 Prozent. Die restlichen 70 Prozent bzw. 5,2 Milliarden Euro wurden durch Kreditaufnahmen finanziert. Die deutsche Regierung übernahm eine Bürgschaft für mehr als die Hälfte dieser Summe. Die Nord Stream AG mit Sitz in Zug gehörte damals mehrheitlich Gazprom. Die deutschen Energiekonzerne E.ON und Wintershall / BASF hielten Minderheitsanteile von jeweils 15,5 Prozent. Die niederländische Gasunie und der französische Energiekonzern GDF Suez waren mit jeweils 9 Prozent beteiligt (Leuschner 2011b; Schmidt-Felzmann 2018; bpb 2022). Ergänzend zur Pipeline nahmen Gazprom und E.ON im Oktober 2013 gemeinsam das Gasheizkraftwerk am Anlandepunkt von Nordstream 1 in Lubmin bei Greifswald in Betrieb, dessen Bau sei Bereits im März 2008 angekündigt hatten (Leuschner 2022).

Von großer strategischer Bedeutung in Kombination mit den Pipelines ist die Speicherinfrastruktur. Gazprom und BASF vereinbarten Ende 2012, dass Gazprom das Erdgashandels- und Speichergeschäft der BASF in Deutschland und Westeuropa übernehmen werde. Die Umsetzung verzögerte sich allerdings. Die BASF verzichtete im Dezember 2014 zunächst sogar auf die Überlassung des Gashandels an Gazprom. Das „schwierige politische Umfeld“ – der russische Krieg im Osten der Ukraine und die Annexion der Halbinsel Krim – ließ das Geschäft vorerst nicht ratsam erscheinen. Doch ein Jahr später schien die russische Aggression nicht mehr relevant zu sein. Das Tauschgeschäft wurde im November 2015 rückwirkend

zum 1. April 2013 vollzogen (Leuschner 2012, 2014, 2022). Wintershall übertrug ihre Beteiligung an dem bisher gemeinsam betriebenen Erdgas-handels- und Speichergeschäft an Gazprom. Dazu zählten unter anderem die 50-prozentigen Anteile an den Erdgas-Handelsgesellschaften Wingas und WIEH sowie die Anteile am Speicherunternehmen Astora und an den deutschen Erdgasspeichern in Rehden (Niedersachsen) und Jemgum. Der russische Konzern erwarb damit rund ein Viertel der deutschen Erdgasspeicher, einschließlich derer, die strategisch wichtig für die Krisenvorsorge sind. Gazprom beteiligte sich zudem zu 50 Prozent an der Wintershall Nordsee, die in der südlichen Nordsee vor den niederländischen, britischen und dänischen Küsten Erdöl und Erdgas sucht und fördert. Im Gegenzug erhielt Wintershall einen 25 Prozent-Anteil an zwei Blöcken eines Erdgasfelds in Westsibirien. Die Unternehmen vereinbarten, diese gemeinsam zu erschließen, um ab 2018 mindestens 8 Milliarden Kubikmeter Gas zu fördern. Da Gazprom das Geschäft über eine deutsche Tochterfirma tätigte, sah das Bundeswirtschaftsministerium von einer Überprüfung ab (Spiegel online 2015; bpb 2022). Bis Ende 2021 erwarb sich Gazprom fast ein Drittel der Gasspeicher in Deutschland, Österreich und den Niederlanden. Der Konzern verschaffte sich damit eine beträchtliche Machtposition (Pleines 2021b: 3).

E.ON sichert sich mit Kapitalbeteiligungen ab

Die Ruhrgas AG, langjährige Konkurrentin von Wintershall, sicherte sich ihre Geschäftstätigkeit mit Gas aus Russland mit einem Einstieg in das Aktienkapital ihres Hauptlieferant Gazprom ab. Die Ruhrgas AG übernahm bereits im Dezember 1998 und im Juni 1999 in zwei Schritten eine 3,5 Prozent Beteiligung an Gazprom. Zugleich erwarb der deutsche Gaskonzern über das Gemeinschaftsunternehmens ZAO Gerosgaz eine indirekte Beteiligung von 0,5 Prozent, die er später auf 2,93 Prozent aufgestockte.

Im Januar 2003 übernahm E.ON nach einem langen juristischen Ringen gegen klagende Rivalen die Ruhrgas AG. E.ON war selber nur kurz zuvor im Jahr 2000 aus der politisch geförderten Fusion der Energiekonzerne Veba und Viag entstanden. Der neue Konzern orientierte seine Strategie schrittweise um. Ende 2008 tauschte E.ON rund 3 Prozent Gazprom-Anteile gegen die Beteiligung am sibirischen Gasfeld Juschno Russkoje. Um liquide Mittel für andere Projekte freizumachen, verkaufte E.ON-Konzern 2010 schließlich seine Restbeteiligung von 3,5 Prozent am russischen Gasmonopolisten Gazprom an die staatliche russischen Investitionsbank VEB

(2,7 Prozent) und verschiedene Käufer (0,8 Prozent). Der Konzern berichtete, er habe einen Verkaufserlös von 3,4 Milliarden Euro und damit einen Buchgewinn von rund 2,5 Milliarden Euro erzielt. Die Konzernleitung bekräftigte allerdings, dass sie die Russland-Strategie nicht verändert habe. E.ON bleibe im russischen Strom- und Gasgeschäft aktiv, beispielsweise über die Beteiligung am Stromerzeuger OGC-4 und am Gasfeld Juschno Russkoje (Leuschner 2003a, 2010).

Im Zuge einer abermaligen Neuausrichtung des Konzerns gliederte E.ON Anfang 2016 das Kraftwerksgeschäft in das neue Unternehmen Uniper aus. Dazu zählten auch die meisten Aktivitäten im Gasbereich. Allerdings holte sich E.ON noch im Mai desselben Jahres die Beteiligung an Nord Stream von Uniper wieder zurück. Sowohl E.ON als auch Uniper wiesen in dieser Zeit eine unbefriedigende Performance auf und fuhren Verluste ein. Dementsprechend mau bewerteten die Finanzakteure an der Börse die Aktien. Der hochverschuldete Uniper-Konzern brauchte Cash und verkaufte deshalb ein Jahr nach der vollzogenen Abspaltung von E.ON im Jahr 2017 seine Beteiligung am sibirischen Gasfeld Juschno Russkoje für 1.749 Millionen Euro dem österreichischen Energiekonzern OMV, der zu dieser Zeit sein Russlandgeschäft systematisch ausbaute. Uniper besaß einen Anteil von rund 25 Prozent an Juschno Russkoje sowie weitere Beteiligungen an OJSC Severneftegazprom und JSC Gazprom YRGM Development. Die Konzernleitung erklärte, dass das Explorations- und Produktionsgeschäft nicht mehr zu den Kernkompetenzen zähle. Uniper blieb allerdings im russischen Energiemarkt aktiv. Über das Mehrheitseigentum an Unipro (ehemals OGC-4), einem der größten privaten Stromerzeuger in Russland, war Uniper für ungefähr fünf Prozent der gesamten russischen Stromerzeugung verantwortlich. Auch die historische Partnerschaft mit Gazprom, also die jahrzehntelange strategische Geschäftsverbindung zwischen der Ruhrgas AG und Gazprom wurde fortgeführt (Leuschner 2017b).

Nabucco und South Stream

Die deutsch-russischen Energieverflechtungen sowie die monopolartige Position von Gazprom stießen bei der EU-Kommission auf Skepsis (vgl. Kuszniir 2015: 5). Sie befürchtete eine zu große Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen, zumal Gazprom eine zentrale ökonomische Basis des Putin-Regimes ist und mit den Einnahmen aus den Gasexporten einen Großteil der russischen Staatsausgaben deckt. Die EU-Kommission begegnete der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen mit dem Projekt der Nabucco-Gaspipeline. Der österreichische Konzern OMV hat das Projekt

Nabucco initiiert und war seit 2002 die treibende Kraft dieses Pipelineprojekts. Die Planungen begannen 2006. Die Pipeline sollte ab 2013 die großen Erdgaslagerstätten im Gebiet des Kaspischen Meers und im Mittleren Osten mit den Märkten in Europa verbinden und strategische Versorgungssicherheit gewährleisten. Unter Umgehung russischen Territoriums führte die geplante 3300 Kilometer lange von den früheren Sowjetrepubliken Georgien, Turkmenistan und Aserbaidschan durch die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Baumgarten bei Wien (Leuschner 2008a, 2008b).

Aus Deutschland beteiligte sich der RWE-Konzern am Nabucco-Projekt, der Anfang 2008 in das Unternehmenskonsortium einstieg und damit eine Möglichkeit sah, ebenfalls direkten Zugang zu Gaslagerstätten zu erlangen. Denn die oligopolitischen Rivalen Wintershall und E.ON bzw. Ruhrgas, die frühzeitig und wirkungsvoll auf das Nord Stream Pipelinesystem setzten, hatten die lukrativen Positionen mit ihren Partnerschaften mit russischen Gazprom bereits besetzt (Leuschner 2008a, 2008b).

Die Führung im Kreml antwortete mit dem Projekt der SouthStream Pipeline, die durch das Schwarze Meer nach Bulgarien und von dort in zwei Strängen nach Westeuropa führen sollte. Der Kreml konnte den italienischen Konzern Enel für sein Projekt gewinnen und damit die EU spalten. Schließlich beteiligten sich dann auch der französische Stromkonzern EDF, die BASF-Tochter Wintershall an South Stream. RWE setzte das Engagement bei Nabucco fort. Die EU lehnte South Stream zunächst ab, äußerte sich dann aber in einer Sprachregelung, dass beide Projekte einer Diversifizierung der Gasversorgung in Europa dienen (Leuschner 2022).

Allerdings scheiterten beide Projekte. Nabucco stieß auf zahlreiche Schwierigkeiten. Schließlich gab die EU auf, nachdem das aserbaidschanische Shah-Deniz-Konsortium am 28. Juni bekannt gab, dass es die Trans Adriatic Pipeline (TAP) zum Transport des Gases aus Aserbaidschan nutzen wolle.

Die russische Regierung beendete auch ihr Projekt South Stream, mit dem sie die Ukraine südlich umgehen wollte. Nach der Annexion der Krim war die EU nicht mehr bereit, Gazprom zu bevorzugen und von den seit 2009 geltenden Entflechtungsbestimmungen beim Gastransport zu verschonen. Bei Nordstream 1 durch die Ostsee hielt die EU zugunsten von Gasprom aber vorerst an der alten Regelung fest (Leuschner 2022).

Nord Stream 2

Nur ein Jahr nach der russischen Einverleibung der Krim und der Besetzung weiter Teile der Regionen Donezk und Luhansk durch Rebellen und

russische Truppen trieb Gazprom zusammen mit Energiekonzernen und großen industriellen Abnehmern in Deutschland von Gas die alten Pläne für eine zweite Ostsee-Pipeline erneut voran.

Anfang September 2015 unterzeichnete Gazprom im Rahmen des Eastern Economic Forum in Wladiwostok eine Reihe von Energieabkommen mit westeuropäischen Energiekonzernen, darunter eine Vereinbarung zum Bau der Pipeline *Nord Stream 2* mit einer jährlichen Kapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas entlang der Trasse von *Nord Stream 1*. Gazprom gründete hierzu am 4. September 2015 als Mehrheitseigentümer (51 Prozent) zusammen mit Wintershall (BASF), E.ON, OMV und Shell als Minderheitspartner mit jeweils 10 Prozent und Engie (ehemals GDF Suez) mit 9 Prozent die Projektgesellschaft *New European Pipeline AG* für Nordstream 2. Gasunie, bei Nord Stream 1 noch dabei, fehlte. Dafür schlossen sich Shell und die OMV dem Konsortium neu an. Interessanterweise entschied sich die BASF erst relativ spät, sich am Konsortium zu beteiligen. Die russische Seite veranschlagte die Kosten auf rund zehn Milliarden Euro. Nord Stream 1 habe 4 Milliarden Euro gekostet (Leuschner 2015; Kusznir 2015). Auch die CDU-SPD-Regierungskoalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützte den Bau der Pipeline Nord Stream 2. Der damalige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eilte im Herbst 2015 von Treffen zu Treffen, um das Vorhaben durchzusetzen (bpb 2022; Dokzentrum 2022). Die strategischen Erwägungen der Energiepartnerschaft mit Russland wogen schwerer als die Achtung des Völkerrechts. Das deutsche Interesse an der Ukraine war nur begrenzt.

Allerdings erforderte der Anstieg der Importe aus Russland keine zusätzlichen Transportkapazitäten. Die russische Lieferkapazitäten beliefen sich 2015 ohne Nord Stream 2 auf 288 Milliarden Kubikmeter. Mit Nord Stream 2 und der 2020 in Betrieb genommenen Turkstream Pipeline hätten sie 378 Milliarden Kubikmeter betragen (siehe Tabelle 1). Doch die Lieferungen Russlands betragen maximal 201 Milliarden Kubikmeter. Obwohl die Vorkriegsplanungen eine weitere Steigerung der russischen Gaslieferungen erwarteten, war eine Verdoppelung der Nachfrage immer unrealistisch (Pleines 2021b: 2).

Die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer widersetzten sich dem Projekt. Die Ostsee-Staaten Schweden, Dänemark und Finnland äußerten Vorbehalte gegen eine zweite Erdgasdoppelleitung. Auch die EU-Kommission widersprach der von der deutschen Regierung vertretenen Ansicht, dass es sich um ein rein kommerzielles Projekt handle und einen Beitrag zur Energiesicherheit Deutschlands und der EU leiste (Schmidt-Felzmann 2018). Die italienische Regierung sprach sich ebenfalls gegen Nordstream 2 aus,

weil sie eine Ersatzpipeline für das geplatzte South Stream Projekt anstrebte. Die polnische Wettbewerbsbehörde beanstandete die Zusammensetzung des Konsortiums. Schließlich gaben die Initianten ihrem Konsortium eine neue juristische Form. Die fünf Konzerne aus Westeuropa übernahmen die Hälfte der Baukosten der damals veranschlagten 9,5 Milliarden Euro, verzichteten vorerst aber auf ihre Minderheitsbeteiligungen, um sie später wieder zu aktivieren. Genau dagegen verhängte die polnische Wettbewerbsbehörde im Oktober 2020 ein Bußgeld von 6,4 Milliarden Euro gegen Gazprom und vergleichsweise kleine Strafen gegen Partnerfirmen des Konsortiums. Es ist nicht bekannt, ob Gazprom diesen Betrag an Polen überwiesen hat (Leuschner 2022). Schließlich gelang es der deutschen Regierung das Projekt gegen die Widerstände der östlichen Nachbarn und auch in der EU durchzusetzen. Unterstützung fand sie in Frankreich, Österreich, Belgien und Niederlande, wo auch die beteiligten Firmen zu Hause sind (Leuschner 2022).

Eigentlich verstieß Nord Stream2, bei dem Gazprom nun als alleiniger Eigentümer und Betreiber auftrat, gegen die Entflechtungsbestimmungen der EU, die eine Trennung von Erzeugung und Transport von Gas vorsahen. Zunächst galten diese Regeln nur innerhalb der EU, nicht aber für aus anderen Ländern ankommende Pipelines. Deshalb war Nord Stream 1 auf dem Pipelineabschnitt bis zur deutschen Grenze von dieser Regelung nicht betroffen. Doch im Hinblick auf Nord Stream 2 beschloss die EU, dass die Binnenmarktregeln auch in den Hoheitsgewässern von EU-Mitgliedstaaten gelten. Damit wurde die Bundesnetzagentur als deutsche Regulierungsbehörde für den Schlussabschnitt von Nord Stream 2 zuständig. Sie bekam defacto die Rolle, die Lieferkapazitäten der gesamten Pipeline zu regeln. Gazprom akzeptierte diese Regeln zunächst nicht und geriet deshalb in Konflikt mit EU-Recht. Die EU-Kommission eröffnete bereits 2012 ein Kartellverfahren gegen Gazprom. Ein polnisches Gericht verhängte ein Urteil gegen Nord Stream 2 mit dem Vorwurf der marktbeherrschenden Stellung. Als Reaktion darauf mussten sich europäische Energiekonzerne aus dem Pipeline-Konsortium zurückziehen (Pleines 2021b: 4).

Unterdessen verstärkten auch die USA ihren Widerstand gegen Nord Stream 2. Der Kongress beschloss im November 2019 mit dem *Protecting Europe's Energy Security Act* sogar Sanktionen gegen beteiligte Firmen³. Zwei republikanische Senatoren drohten einer niederländischen Baufirma mit wirtschaftlicher Vernichtung. Die Verlegung der Pipeline kam 2020

³ H.R.3206 - Protecting Europe's Energy Security Act of 2019 <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-bill/3206>

zeitweise zum Erliegen. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern gründete deshalb im Januar 2021 eine landeseigene Stiftung mit dem irreführenden Namen *Stiftung Klima- und Umweltschutz MV*, um das politische Lobbying für die Vollendung der Pipeline zu intensivieren (Leuschner 2021, 2022).

Die neue US-Präsident Biden lehnte das Projekt weiterhin ab, wollte aber kein Zerwürfnis mit Deutschland. Er kündigte an, die beschlossenen Sanktionen nicht anzuwenden. Deutschland musste im Gegenzug aber Sanktionen zustimmen, falls Russland Energie als Waffe einsetze oder aggressive Handlungen gegen die Ukraine begehen werde. Nordstream 2 konnte schließlich bis September 2020 vollendet und mit Gas gefüllt werden. Doch die Betriebserlaubnis fehlte. Denn die in Zug angesiedelte Nordstream 2 AG erfüllte nicht die Voraussetzungen eines „unabhängigen Transportbetreibers“ gemäß Energiewirtschaftsgesetz. Die Schweizer Gazprom-Tochter Nord Stream 2 AG gründete deshalb das deutsche Tochterunternehmen Gas for Europe GmbH. Diese am 26. Januar 2022 ins Handelsregister Schwerin eingetragene Firma übernahm als Eigentümerin und Betreiberin den 54 Kilometer langen Endabschnitt der Pipeline durch deutsche Hoheitsgewässer (Leuschner 2022). Doch Putin hatte den Krieg gegen die Ukraine schon längst geplant und stand zu diesem Zeitpunkt unmittelbar davor, den Angriff zu befehlen. Die bereits mit Gas gefüllte Pipeline erhielt die Betriebsbewilligung nicht. Schließlich wurden am 26. September 2022 sowohl Nord Stream 1 als 2 durch Attentate so schwer beschädigt, dass sie kein Gas mehr transportieren können. Nur der Strang B von Nord Stream 2 blieb intakt (MDR 2022). Ob die Pipelines und unter welchen Bedingungen die Pipeline repariert werden, ist unklar. Der russische Krieg in der Ukraine und die Verschärfung der geopolitischen Rivalität lassen vermuten, dass dies kaum kurzfristig geschehen wird.

Deutsch-russische Energiepartnerschaft: das Beispiel Siemens

Die deutsch-russische Energiepartnerschaft erfasste nicht nur Gas- und Ölkonzerne, sondern fast zahlreiche weitere Konzerne, die zu den Produktions- und Innovationssystemen beitragen. Der Bau der Pipelines setzte voraus, dass auch die entsprechenden Rohrleitungen gebaut werden. Das war bereits in den 1970er Jahren ein großes Geschäft für die Stahlindustrie.

Siemens ist ein im Energiebereich breit aufgestellter Konzern. Er verfügt auch in Russland seit Jahrzehnten über beträchtliche Kapitalbestände in Form von Produktionsanlagen und strategischen Unternehmensbeteili-

gungen. Doch die am 19. Dezember 2011 vereinbarte umfassende „strategische Partnerschaft“ mit Gazprom in neun Geschäftsbereichen erlangte eine besonders weitreichende Dimension (Leuschner 2011a).

Siemens beziehungsweise Siemens Energy ist weltweit einer der zentralen oligopolistischen Rivalen im Bereich der Herstellung von Gasturbinen für Kraftwerke. Nach der Annexion der Halbinsel Krim errichtete der russische Staat dort zwei neue Gaskraftwerke in Sewastopol und Semferopol. Siemens Energy lieferte im Sommer 2016 die vier Gasturbinen an Technopromexport, ein russisches Staatsunternehmen, das diese in zwei Kraftwerken auf der Krim einsetzte. Siemens verstieß damit gegen die nach der Krim Annexion von der EU am 18. Dezember 2014 veranlassten Sanktionen gegen Russland. Diese Sanktionen griffen zwar besonders im Bereich der fossilen Energien kaum. Siemens erklärte allerdings getäuscht worden zu sein. Die russischen Partner hätten die Turbinen für ein anderes Kraftwerk in Taman in Südrussland bestellt. Putin habe das dem Siemens Vorsitzenden Joe Kaeser persönlich zugesichert. Doch der Verwendungszweck der Turbinen war früh öffentlich bekannt. Die Bundesregierung stellte sich vor Siemens, um drohende Sanktionen seitens der EU-Kommission abzuwenden. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel akzeptierte die bekanntermaßen erlogene Zusicherung des Kremlchefs Putin, dass die Turbinen nicht für das Kraftwerk auf der Kim bestimmt seien (Giesen und Hans 2017; Leuschner 2019, 2022; Deters und Stölzel 2021; Höpner, et al. 2022).

Putin weihte die Kraftwerke am 18. März 2019 persönlich ein. Der Kreml inszenierte die Inbetriebnahme der beiden Elektrizitätswerke als Teil der Feierlichkeiten zum fünften Jahrestag der gewaltsamen „Wiedervereinigung“. Der Russland Chef von Siemens kündigte im Dezember 2018 eine weitere Intensivierung der Geschäftsbeziehungen mit russischen Partnern an. Er wollte das Geschäft mit dem Typ von Gasturbinen, die in den Kraftwerken auf der Krim verwendet werden, ausweiten (Leuschner 2019). In den Folgejahren allerdings begann die Expansion in Russland zu stocken und schließlich stieg der Turbinenhersteller *Silowyje Maschiny* (*Power Machines*) mit Sitz in St. Petersburg nach neun Jahren aus dem Gemeinschaftsunternehmen *Siemens Gas Turbines Technologies* (SGTT) aus. Power Machines hatte 35 Prozent der Anteile gehalten. Siemens gelang es, die EU-Sanktionen zu vermeiden und die Verantwortung auf *Silowyje Maschiny* abzuschieben. Zudem entwickelte sich der ehemalige russische Partner zu einem Wettbewerber (Ballin 2020). Schließlich verkaufte die nunmehr von Siemens abgespaltene *Siemens Energy* ihren 65-Prozent-Anteil am Joint Venture zusammen mit Transformatoren-Werk in Woronesch im

Oktober 2022 an das niederländische Unternehmen RAO Intertech BV, das die Wartung von Turbinen übernimmt. Siemens Energy gab mit diesem Schritt auch seinen Abschied vom russischen Markt bekannt (Handelsblatt 2022).

4. Geopolitik und Geoökonomie

Nun gilt es einige politische Tendenzen der letzten drei Jahrzehnte mit den konkreten Entwicklungen in der deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft zu verknüpfen und die aktuellen Entwicklungen in diesen Rahmen einzuordnen. Zunächst skizziere ich einige Episoden der deutschen und russischen Bestrebungen für ein neues europäisches oder gar eurasisches Haus der Herrschenden, anschließend beleuchte ich, wie die Ukraine als Akteur im Gastransit ausgeschaltet wurde und einige Kennzeichen der russischen Energiestrategie vor dem Überfall auf die Ukraine. Schließlich umreiß ich kurz, ob und wie einige wichtige deutsche Unternehmen seit Kriegsbeginn eine Umorientierung eingeleitet haben. Schließlich zeige ich, dass es der deutschen Regierung gelungen ist, durch Aufkauf von Gas auf den Weltmärkten eine Energiekrise abzuwenden.

Gemeinsames eurasisches Haus der Herrschenden

Die geopolitischen Spannungen zwischen Russland und den EU- sowie den NATO-Staaten haben sich seit der russischen Annexion der Halbinsel Krim verschärft. Die relevante Ausdehnung der NATO in Osteuropa war bereits 2004 abgeschlossen und kann kein wesentlicher Grund sein.

Doch die westlichen Staaten sind mitverantwortlich für die Verschärfung der Widersprüche, und zwar durch die Art und Weise wie das westliche Kapital die ehemals staatskapitalistischen und bürokratisch geführten Länder erschlossen hatte. Die imperialistischen Staaten boten den „Transitionsländern“ seit den frühen 1990er Jahren kein auf Gleichheit und Solidarität basierendes gesellschaftliches Modell an, sondern verschärften die soziale Ungleichheit und die geographisch ungleiche Entwicklung (Pirani 2022).

Das Kapital in den imperialistischen Länder Europas und Nordamerikas suchte weniger neue NATO-Mitglieder, sondern wollte primär weitere Märkte erschließen und günstige Rohstoffe beziehen. Dafür brauchte es Regierungen, die den gesellschaftlichen Transformationsprozess ordentlich und notfalls auch mit Gewalt organisieren konnten. In dieser Hinsicht

scheiterte Präsident Jeltsin. Putin übernahm im Januar 2000 die Präsidentschaft. Er verknüpfte eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit der Wiederherstellung eines starken russischen Staates. Mit dem mörderischen zweiten Tschetschenienkrieg disziplinierter zugleich die Geschäftswelt. Für die deutschen Öl- und Gaskonzerne bot Putin die wesentlich sichereren und zuverlässigeren Bedingungen als Jeltsin mit seinem chaotischen und sprunghaften postsowjetischen Übergangsregime.

Putins harte und ruhige Hand schuf Vertrauen und weckte Erwartung für neue Investitionsmöglichkeiten. Die Regierung Schröder (1998-2005) trieb die Energiepartnerschaft voran. Das entsprach auch den Wünschen der Energiekonzerne und exportorientierte Konzerne. Hier sprach Bundeskanzler Gerhard Schröder Putin öffentlichkeitswirksam vom Verdacht frei, ein autoritäres Regime aufzubauen. Er bezeichnete im November 2004 in einer Fernsehsendung Putin als „lupenreinen Demokraten“. Diese Einschätzung bestätigte er auch im März 2012, nachdem sich Putin nach zwei Amtszeiten von 2000 bis 2008 mit gefälschten Wahlen zum dritten Mal zum Präsidenten wählen ließ (Handelsblatt 2004; FAZ 2012).

Schröder ließ sich wenige Wochen nach seiner Abwahl ab Anfang 2006 als Spitzenverdiener auf die Gehaltsliste von Gazprom setzen. Zunächst war er Vorsitzender des Aktionärsausschusses des ersten Ostsee-Pipeline. Nachdem Russland den russischen Ableger von BP, dessen Chef ins Ausland flüchtete, zerschlagen hatte, zog Schröder in den Aufsichtsrat des Ölkonzerns TNK-BP ein. Schließlich wurde 2016 Vorsitzender des Verwaltungsrats der zweiten Ostsee-Pipeline Nordstream 2 und 2017 Vorsitzender des Aufsichtsrates des staatlichen Ölkonzerns Rosneft (Leuschner 2017a, 2022).

Gestützt auf einen stark steigenden Ölpreis, der 2008 Rekordhöhen erklomm, florierte die russische Wirtschaft. Die staatlichen und privaten Unternehmen fanden Zugang zu den internationalen Finanzmärkten. Die Oligarchen wurden reicher und reicher. Zugleich stieg der Lebensstand für breite Teile der Bevölkerung. In diesem Kontext vermochte sich Putin als Gendarm des Kapitals im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu bewähren (Pirani 2022). In dieser Zeit führten die USA ihren „Krieg gegen den Terror“. Zusammen mit ihren Verbündeten überzogen sie die Bevölkerungen in Afghanistan, Irak und Libyen mit mörderischen Kriegen. Im Schatten dieser Entwicklung eröffnete Saudi-Arabien seinen Terrorkrieg in Jemen.

Die NATO tolerierte Russlands Krieg in Tschetschenien 2001 bis 2003. Die USA wollten 2008 zwar dem Wunsch Georgiens zu einem NATO-Beitritt entsprechen. Frankreich, Deutschland und andere widersetzten sich er-

folgreich dem Vorhaben. Die russische Armee rang im August 2008 Georgien, das nach Angriffen südossetischer Rebellen und Annexionsvorbereitungen von Russland die verlorenen Gebiete zurück erobern wollte, rasch nieder. Die Aufmerksamkeit der westlichen Mächte lag ganz woanders. Nach dem Kollaps der Investmentbank Bear Stearns galt es die offene Finanzkrise einzudämmen.

Die spezifische putinsche Form des russischen Imperialismus entstand während des Ölbooms, nahm aber nach der großen Wirtschaftskrise 2008-10 konkrete Formen an. Den fallenden Ölpreisen brachten Russland in die Rezession. Putin begegnete der Herausforderung mit der Stärkung der militärischen Kapazitäten.

Gegen Ende dieser erfolgreichen Phase und die unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise schlug Putin in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung am 25. November 2010 der Europäischen Union eine umfassende langfristig ausgerichtete wirtschaftliche Partnerschaft vor. Diese sollte erstens „die Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“ beinhalten. „In Zukunft kämen eventuell auch eine Freihandelszone, gar noch fortgeschrittenere wirtschaftliche Integrationsformen in Frage.“ Zweitens sei „eine gemeinsame Industriepolitik, welche sich auf die Zusammenballung der Technologie- und Ressourcenpotentiale Russlands und der EU stützen soll“, zu entwickeln. Und drittens: „die Idee eines gemeinsamen Energiekomplexes in Europa pocht buchstäblich an die Tür.“ Putin geht noch weiter: „Aus meiner Sicht ist auf die gemeinsame Agenda die Frage zu setzen, wie wir eine neue Industrialisierungswelle über den europäischen Kontinent rollen lassen können, insbesondere dadurch, dass strategische Allianzen etwa in Bereichen des Schiff- und Flugzeugbaus, der Automobilproduktion, der Weltraumtechnologien, der Medizin- und Pharmaindustrie, der Kernenergie und Logistik geschmiedet werden.“ Ganz besonders warb Putin um das deutsche Kapital und seine politischen Interessensvertreter:innen die gute Partnerschaft mit Russland zu vertiefen. „Es freut mich, an dieser Stelle anmerken zu können, dass Deutschland, welches ja als Lokomotive der europäischen Integration agiert, auch auf diesem Gebiet für eine richtige Führungsstärke beispielgebend auftritt.“ (Putin 2010)

Um die Energieversorgung müsse sich niemand Sorgen machen. Ganz im Gegenteil, die russischen Bemühungen für den Ausbau der fossilen Energieinfrastruktur brächten eine Grundlage für eine prosperierendes Europa. „Gerade deshalb stellten sich viele europäische Energieversorger und viele europäische Regierungen, auch die Bundesregierung, hinter die russischen Pläne, Gas-Pipelines durch die Ostsee (Nord Stream) und das

Schwarze Meer (South Stream) zu bauen. Nach der Inbetriebnahme dieser Gasleitungen wird der europäische Kontinent ein diversifiziertes und flexibles System der Erdgasversorgung bekommen. Es steht für mich außer Zweifel, dass dann alle künstlichen Probleme im Energiebereich der Vergangenheit angehören werden.“ (Putin 2010)

Bemerkenswert an diesen Aussagen ist, dass Putin in keiner Weise die einige Jahre zuvor relevante NATO-Erweiterung mit einigen Nachbarstaaten Russland erwähnte. Er hatte sie längst akzeptiert und war sich sicher, dass alle Regierungen Europas und Nordamerikas ihn als wichtigen Partner in das dominierende Herrschaftskartell, beispielsweise in Form der G7, aufgenommen hatten. Er zielte vielmehr auf eine vertiefte strategische Partnerschaft mit dem europäischen Kapital in Rivalität zu den USA ab. Die fossilen Energiekonzerne in Europa bildeten in dieser Strategie ein entscheidendes Glied.

Auf der anderen Seite setzten in Deutschland die Energiekonzerne, vor allem die Gaskonzerne, und die energieintensiven Industrien auf diese strategische Allianz. Sie sahen in ihr ein wichtiges Sprungbrett, um die Märkte in Russland und einigen zentralasiatischen Republiken zu erschließen. Die politische Begleitmusik nährte sich zumeist implizit aus den Erfahrungen der auf Entspannung orientierten Ostpolitik der 1970er Jahre und die zumeist neoliberalen Diskurse der 1990er Jahre über den Bau eines gemeinsamen Hauses Europa. Politiker:innen sowohl der SPD als auch CDU betrieben bis zum Beginn des russischen Besatzungskrieges gegen die Ukraine umfangreiches Lobbying für die deutsch-russische Energiepartnerschaft. Die Rechercheplattform Correctiv legte offen, wie politische Schlüsselpersonen einschließlich Mitglieder der Bundesregierung und mehrerer Landesregierungen sich für die Interessen sowohl von Gazprom und damit auch des Putin-Regimes als auch der großen deutschen fossilen Energiekonzerne (u.a. BASF/Wintershall, E.ON, VNG, EnBW, RWE, Siemens) einspannen ließen. Sie haben systematisch dem Ausbau der fossilen Infrastruktur und der Versorgung mit billigem russischem Erdgas das Wort geredet (Correctiv 2022).

Russland, Ukraine die Pipelines und der Blick nach Osten

Den Herrschenden im Kreml und ganz besonders Putin war eine allzu eigenständige Ukraine immer ein Dorn im Auge. Die sich verstärkende Hinwendung der Ukraine zur EU störte die russische Hegemonie östlich der ehemaligen geopolitischen Blockgrenze. Das Pipelinesystem zwischen

Russland und Westeuropa geriet seit der Unabhängigkeit der Ukraine zunehmend ins Zentrum der Auseinandersetzungen um geopolitischen Einflusszone und geoökonomische Marktabsicherung. Russland verfolgte mit den Pipelineprojekten nach Europa keine Ausweitung der Transportkapazitäten, sondern wollte die Pipelines durch die Ukraine durch andere Transportwege ersetzen (Pleines 2021b: 2).

Das Pipelinesystem der UdSSR transportierte zunächst Erdgas aus Westsibirien durch die Belarussische und Ukrainische Sowjetrepublik in die Staaten Mittelosteuropas und von dort nach Deutschland, Österreich und andere westeuropäische Länder sowie über Rumänien und die Balkanländer. Diese Pipelines mit einer Gesamtkapazität von 183 Milliarden Kubikmeter führten alle durch die Ukraine. Nach dem Zerfall der UdSSR hatte die Ukraine eine geographische Schlüsselstellung beim Transit des Erdgases aus Sibirien inne. Zugleich bezog die Ukraine große Mengen dieses Erdgases.

Der Kreml setzte Erdgaslieferungen mehrfach als politisches Druckmittel gegen andere Länder ein. Bereits in den 1990er Jahren stoppte Russland mehrfach die Erdgaslieferungen für die Ukraine, um Preisforderungen durchzusetzen. Zu einer schweren Krise kam es im Anschluss an die durch Orangene Revolution 2004 verursachten politischen Veränderungen in der Ukraine. Das Land orientierte sich zunehmend zum „Westen“. Die ukrainische und die russische Regierung einigten sich nicht über die Bedingungen eines Anschlussvertrags über die Gaslieferungen. Russland drosselte am 1. Januar 2006 seine Gaslieferungen an die Ukraine, um höhere Preise durchzusetzen. Weil jedoch die Ukraine sich beim Gas bediente, das für den Transit nach Westen bestimmt war, kam in Westeuropa weniger Gas an (Leuschner 2008b).

Im Winter 2009 wollte Gazprom höhere Preise gegen die Ukraine durchsetzen, ukrainische Gasschulden eintreiben und sich die Kontrolle über das ukrainische Transitsystem sichern. Der Konflikt spitzte sich zu, als Russland im Januar 2009 die Lieferungen an die Ukraine einstellte. Die Ukraine reagierte auf den Lieferstopp erneut mit der Entnahme von Erdgas aus den Transitleitungen, um den Eigenbedarf zu decken. 2009 erhielten ost- und südosteuropäische Staaten, vor allem Bulgarien, Moldau und Serbien während fast zwei Wochen ganz Ost- und Südosteuropa keine russischen Gaslieferungen (Schmidt-Felzmann 2018; Bösch 2022). Schließlich sah sich die Ukraine genötigt, unter Vermittlung der Bundesregierung und der EU einem unvorteilhaften Gasvertrag zuzustimmen (bpb 2022).

Die betroffenen EU-Länder rüsteten daraufhin die von Ost nach West verlaufenden Erdgaspipelines so auf, dass sich die Fließrichtung umkehren

lässt. Seit 2016 kann die Ukraine und vor allem die Slowakei von Westen mit Erdgas beliefert werden (Pleines 2021b: 2; 2021a).

Die russische Regierung war bestrebt, den Einfluss der Ukraine als Transland auszuschalten. Mit den ersten Pipelineprojekten nach dem Zerfall der UdSSR, die Jamal-Pipeline (1999) durch Belarus und Polen sowie die Blue Stream Pipeline (2005) durch das Schwarze Meer in die Türkei, wollte sie einerseits die Kapazitäten nach Westeuropa und Türkei steigern und andererseits die Ukraine umgehen (vgl. auch Schmidt-Felzmann 2018).

Die Pipelines Nord Stream 1, die 2011 ihren Betrieb aufnahm, und Nordstream 2, durch die eigentlich seit Ende 2021, also noch vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, Gas hätte fließen sollten, bezweckten nicht Kapazitätssteigerungen, sie sollten vielmehr den Transit durch die Ukraine überflüssig zu machen. Es ging also nicht um eine Kapazitätssteigerung, sondern Vertreter der russischen Regierung und des Konzerns Gazprom erklärten das mehrfach explizit. Die aufwändige Linienführung durch internationale Gewässer erlaubt weitere Transitländer zu umgehen. Die russische Regierung untermauerte diese Strategie als sie sich 2019 weigerte einen über das Jahr 2024 hinausgehenden Transitvertrag mit der Ukraine abzuschließen. Bereits vor dem Angriff auf die Ukraine reduzierte Russland den Erdgastransit durch die Ukraine auf ein Minimum. Als die Nachfrage in Europa im Herbst 2021 stieg, erhöhte Russland die Lieferungen durch die Ukraine nicht. Vielmehr forcierte Russland die Öffnung von Nordstream 2 (Pleines 2021b: 3; vgl. Leuschner 2008b).

Die russische Gasstrategie verfolgte nicht nur kommerzielle Interessen, sondern auch geopolitische. Nach der Maidan-Revolution, der Annexion der Krim und dem Kriegsbeginn in der Donbas-Region im Jahr 2014 hat die geopolitische Schlagseite der Strategie deutlich an Gewicht gewonnen. Nach der Maidan-Revolution und der russischen Annexion wurden die Beziehungen im Gashandel entflechtet. Seit 2016 bezog die Ukraine kein Erdgas mehr für den eigenen Bedarf aus Russland. Die Ukraine bezog anschließend zwei Drittel der Gasimporte aus Slowakei, den Rest aus Ungarn und Polen (Pleines 2021a: 3).

Die geopolitisch motivierte Gasstrategie Russlands beunruhigte nicht nur die Ukraine und andere Länder Osteuropas. Die USA widersetzten sich bis zur Fertigstellung energisch dem Nord Stream 2 Vorhaben, ebenfalls primär aus geopolitischen Motiven. Denn sie wollten die Umgehung der Ukraine verhindern. Die gegen die USA geäußerte Kritik, diese wollten primär den europäischen Markt für eigene LNG-Exporte öffnen, traf bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine kaum zu. Denn das umfassende Angebot

Tabelle 1 | Pipeline-Optionen für russische Erdgasexporte nach Europa

Pipelines	Route	Kapazität 2015 (Mrd. m ³)	Kapazität 2022 (Mrd. m ³)
Bruderschaft (sowjetisches Pipelinennetz)	Russland-Ukraine-Mitteleuropa	100	100
Nordlicht (sowjetisches Pipelinennetz)	Russland-Belarus-Ukraine-Mitteleuropa	55	55
Trans-Balkan (sowjetisches Pipelinennetz)	Russland-Ukraine-Balkan-Türkei	28	28
Jamal-Europa (seit 1999)	Russland-Belarus-Polen-Westeuropa	34	34
Blue Stream (seit 2005)	Russland-Schwarzes Meer-Türkei	16	19
Nord Stream (seit 2011)	Russland-Ostsee-Deutschland	55	110
Turk Stream (seit 2020)	Russland-Schwarzes Meer-Türkei		
Gesamtkapazität		288	378
davon durch Ukraine		183	183
davon ohne Ukraine		105	195

(Pleines 2021a: 6)

günstigen russischen Gases deckte die Nachfrage. Das bestehende Pipelinesystem hatte bereits Überkapazitäten (siehe Tabelle 1). Seit Kriegsbeginn hat sich die Situation allerdings grundlegend geändert und die USA sind tatsächlich in der Lage, ihre Lieferungen nach Europa auszuweiten. Die großen industriellen Nachfrager nach Gas in Europa unterstützten die russischen Pipelineprojekte. Die deutsche Bundesregierung vertrat deren Interessen jahrelang wirksam auf dem internationalen politischen Parkett (Pleines 2021b: 3).

Alexei Miller, der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, erklärte im April 2018, dass die russische Seite nur noch 10 bis 15 Mrd. Kubikmeter Erdgas durch das Sojus-Netz in der Ukraine transportieren werde und damit weniger als ein Zehntel der Durchschnittswerte aus den 1990er und 2000er Jahren. Dieser Schritt vergrößerte das Loch im Staatshaushalt der Ukraine. 2017 verdiente die Ukraine noch 3 Mrd. USD an Transportgebühren (Soldatkin 2018). 2021 dürften die Erträge noch bei 1 Mrd. USD gelegen haben, was aber immer noch gut 2 Prozent des Staatshaushaltes ausmachte (Pleines 2021a: 4). Die Pipeline durch die Ukraine beförderte vor Nord Stream 80 Prozent aller russischen Erdgaslieferungen nach Europa, während die Jamal-Leitung durch Belarus und Polen etwa 20 Prozent des Transportvolumens trug (Schmidt-Felzmann 2018: 101).



Abbildung 3 | Erdgas-Pipelines von Russland nach Europa

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Erdgaspipelines#/media/Datei:Major_russian_gas_pipelines_to_europe.png

Die russischen Erdgasexporte nach Europa lagen zwischen 2017 und 2020 bei 175 bis 200 Mrd. Kubikmeter. Die Kapazität der Pipelines einschließlich Nord Stream 2 hätte aber bei 378 Mrd. Kubikmeter gelegen, wesentlich höher als der Bedarf. Ohne die Pipelines durch die Ukraine beträgt die Gesamtkapazität bei 195 Mrd. Kubikmeter. Nord Stream 1 und 2 hätten es also möglich gemacht, die Ukraine vollständig zu umgehen (Pleines 2021a: 2).

Die russischen Erdgaskonzerne setzten lange Lieferverträge mit einer Laufzeit von mehreren Jahrzehnten und jährlichen Mindestabnahmemenge durch. Damit wollten sie Rentabilität der teuren Pipelineprojekte sicherstellen. Gemäß Schätzungen kostete der Bau von Nord Stream 2 mindestens 8 Milliarden Euro. Deshalb muss die langfristige Nutzung der Pipeline sichergestellt sein. E.ON Ruhrgas beispielsweise ging 2008 Lieferverträge mit Gazprom mit einer Laufzeit bis 2036 ein. Die russischen Lieferanten:innen waren auch in der Lage mit jedem einzelnen Energieunternehmen individualisierte und spezifische Verträge abzuschließen. Die deutschen Energieversorgungsunternehmen mit ihren regionalen Monopolen über die Pipelineinfrastruktur konnten ihr Geschäftsgebaren gut darauf einstellen (Pleines 2021b: 4).

Gaswirtschaft – von der Kriegsfinanzierung bis zum Abschied aus Russland

Zahlreiche im Frühjahr und Sommer 2022 publizierte Studien warnten vor schwerwiegenden Konsequenzen eines Ausfalls der russischen Gaslieferungen. So würde die BASF in Ludwigshafen den Betrieb stoppen, sollten sich die Gaslieferungen um mehr 50 Prozent reduzieren. Auch bei der Metallherzeugung, Papierindustrie sowie Glas- und Keramikerstellung würde ein Lieferstopp von Gas zu extremen Einschränkungen der Produktion, bis hin zum Abschalten der Anlagen führen. Diese Horrorszenarien wurden im Frühjahr verbreitet, um vor einem damals in den Medien diskutierten weitergehenden Embargo gegen den Import russischen Erdgases zu warnen (Fremerey und Gerards Iglesias 2022). Industrievertreter:innen warnten, dass die Einsparpotentiale beschränkt seien. Doch „unter dem Druck der hohen Gaspreise“ haben einige „bereits das umgesetzt, was für eine schnelle Gasreduzierung möglich ist“, teilte Henrik Follmann, geschäftsführender Gesellschafter der Follmann Chemie, dem Handelsblatt mit (Fröndhoff, et al. 2022).

Am 1. April ließ Christian Bruch, CEO von Siemens Energy, die Warnsirenen heulen (Höpner und Bruch 2022): Ein Stopp des Bezugs russischen Gases würde rasch zu einer katastrophalen Situation führen. „Ein Problem ist auch die Verteilung innerhalb Deutschlands. Die Versorgung vor allem in Ost- und Süddeutschland wird schwierig, weil die entsprechenden Leitungsnetze fehlen. Wenn wir sofort aus russischem Gas aussteigen, werden die Auswirkungen dramatisch sein.“ „Kurzfristig ist die Menge aus Russland nicht ersetzbar. Wir müssen sukzessive über die nächsten Jahre die Strukturen schaffen, um ohne das Gas auszukommen.“

Martin Brudermüller, Vorstandsvorsitzender von BASF, doppelte vier Tage später im Focus nach (Brudermüller 2022): „Nehmen Sie die BASF: Wir stellen Produkte am Anfang der industriellen Wertschöpfungsketten her, die weiterverarbeitet werden in Autoindustrie, Gesundheitsbranche, Konsum. Überall. Das alles bricht zusammen, wenn wir die Produktion runterfahren müssen. Chemiekonzerne wie BASF sind in bedeutenden Teilen systemrelevant, aber natürlich auch nicht mit jedem Produkt. Und wer glaubt, das Gas ließe sich schnell aus anderen Quellen ersetzen, der irrt. Öl kann man auf dem Globus schneller hin und her verteilen, das kann man woanders kaufen. Das geht mit Gas nicht.“

Wichtige Exponent:innen des Kapitals haben sich bis Sommer 2022 wiederholt dafür ausgesprochen, die Unterstützung der Ukraine zu begrenzen und sie zu einem Abkommen mit Russland zu bewegen. Sie forderten die westlichen Regierungen auf, der Selenskyj-Regierung klarzumachen, dass Solidarität und Geduld begrenzt seien. Schließlich sei man auf russisches Gas angewiesen. Eine noch stärkere Reduktion oder gar ein Lieferstopp werde unweigerlich zur wirtschaftlichen Katastrophe führen.

VW-Chef Herbert Diess forderte am 9. Mai 2022, dass die EU über eine Beilegung des Krieges verhandeln müsse. Man sollte das Äußerste tun, „um die Welt wieder zu öffnen“ (Jacobs 2022). Die Konzernleitung der BASF warnte wiederholt vor einem Embargo russischen Öls und Gases und sieht die geopolitische Blockbildung als große Gefahr für das Geschäft (Brudermüller, et al. 2022). Magdalena Martullo-Blocher, die Chefin der EMS-Chemie in der Schweiz, fordert eine rasche Verhandlungslösung mit Putin. Die Souveränität der Ukraine und die gesellschaftlichen Anliegen der Menschen in der Ukraine sind diesen Kapitalvertreter:innen naturgemäß egal (Neuhaus 2022). Bei einer Befragung von 280 Unternehmen durch KPMG äußerten nur gerade 10 Prozent, dass sie den russischen Markt komplett verlassen haben. Die 37 Prozent setzen ihre Aktivitäten vorerst auf „stand by“, um später die Geschäftstätigkeit wieder aufzunehmen (Schütze, et al. 2022). Diese Äußerungen zeigen: Weite Teile des Kapitals haben kein Interesse an einem langen Krieg. Die Regierungen werden versuchen, sich über kurz oder lang mit Putin darüber zu verständigen, wie sich die Welt der Märkte wieder öffnen lässt.

Diese Stimmen sind vor dem Hintergrund zu verstehen, dass wesentliche Kapitalfraktionen in Europa, vor allem jene, die mit den fossilen Industrien (Deutschland, Österreich) und mit dem internationalen Rohstoffhandel (Schweiz) verbunden sind, jahrelang höchst profitable Geschäfte mit den Putin-Oligarchen betrieben. Sie wären nach Kriegsbeginn gerne

rasch zur Normalität zurückgekehrt, um die Geschäfte wiederaufzunehmen. Russland ist für das westeuropäische Kapital ein ungleich wichtigerer Markt als die Ukraine.

Die Frage, ob Deutschland oder andere Länder den Bezug von Erdgas aus Russland einstellen, um dem Putin-Regime die Finanzierung des Eroberungskriegs gegen die Ukraine zu erschweren, stellte sich ab Sommer 2022 nicht mehr. Denn das Putin-Regime drehte den Gashahn selber zu (BdEW 2022: 16). Die Regierung Russlands stellte die Gaslieferungen nach Deutschland am 31. August 2022 ein, nachdem sie bereits vorher die Lieferungen gedrosselt hatte. Ende des Jahre 2022 war Norwegen die wichtigste Erdgasbezugsquelle für Deutschland. Die Niederlande lieferten ebenfalls wieder mehr Erdgas. Über Leitungen aus Belgien und Frankreich bezog Deutschland zusätzliches Erdgas aus weiteren Ländern (Abbildung 4). Ab Mitte des Jahres 2022 wurde das verbleibende russische Gas vor allem über die Transgas- und die TurkStream-Pipelines nach Europa geleitet (Zachmann, et al. 2023).

Im Herbst verstummten die Stimmen aus der Unternehmenswelt für eine rasche Kriegsbeendigung. Dafür mögen drei Gründe ausschlaggebend sein:

Erstens wurde offensichtlich, dass sich der Krieg in die Länge ziehen wird. Der Widerstand der Ukraine erwies sich schon bald als hartnäckiger als Regierungen und Wirtschaftsführer:innen dachten. Die Rhetorik des Putin-Regimes war wohl auch für viele Konzernleitungen ernüchternd. Die bereits zitierten Joe Kaeser von Siemens und Martin Buchmüller äußerten in verschiedenen Interviews ihre Enttäuschung und Selbsttäuschung, obgleich sie immer danach trachteten ihre bisherigen Strategien zu rechtfertigen. Schließlich hätten sich alle in Putin geirrt.

Zweitens drehte Putin ab Ende August den Gashahn selber zu. Zugleich zeigte sich, dass es der deutschen Regierung gelingen werde, durch aggressive Aufkäufe von Gas einen Engpass im Winter zu vermeiden. In der Tat schaffte es die deutsche Regierung ohne nennenswerte Energiekrise und größere politischen Konflikte durch den Winter zu kommen.

Drittens wurde im Herbst 2022 die Tragweite des Krieges und der vom Putin-Regime eingeleiteten wirtschaftlichen Orientierung nach Osten klarer. Es zeigte sich zunehmend deutlicher, dass sich die mittelfristigen Geschäftsaussichten in Russland massiv verengen. Die russische Führung orientiert ihre Ökonomie auf einen langen Krieg aus und intensiviert die Beziehungen mit asiatischen Ländern.

Deutsche Unternehmen sahen, wie sie die Abschreibungen auf ihr Kapital in Russland immer höher ansetzen mussten und wie sich die Geschäftsaussichten zunehmend verengten. Darum entschlossen sich etliche Konzerne, den Markt in Russland vorläufig aufzugeben oder ihr Engagement in einer Art stand-by Modus einzufrieren.

Das fiel vielen nicht leicht. Denn zahlreiche deutsche Konzerne machten lange Zeit profitable Geschäfte in Russland. 2015, also nach der Annexion der Krim durch Russland und dem Beschluss der EU von Wirtschaftssanktionen, meldete Russland einen Höchststand von 201 Investitionsprojekten aus dem Ausland. Das waren so viele wie im Rekordjahr 2007. Die deutschen Unternehmen lagen 2015 mit 36 neuen Einzelprojekten an der Spitze der ausländischen Investoren. Dank ihren lokalen Produktionsstätten konnten sie die verhängten Sanktionen sogar umgehen. Sie erweiterten ihre Kapazitäten für den russischen Binnenmarkt. Ihre lokal hergestellten Waren genossen in Russland Vorrang gegenüber aus dem Ausland importierten Artikeln (Sommer 2016, 2022).

Von Beginn des Kriegs bis Anfang August 2022 schrieben gemäß einer Bilanzanalyse des Handelsblatts deutsche Unternehmen mehr als 10 Milliarden Euro im Zusammenhang mit ihren Geschäften in Russland ab. Der Gashandelskonzern Uniper führte mit einer Abschreibung von 2 Milliarden Euro die Liste an. Uniper fuhr im ersten Halbjahr 2022 einen Verlust von 12 Milliarden Euro ein, weil er am Weltmarkt wesentlich teureres Gas einkaufen musste, um die Kund:innen zu bedienen. Weitere im fossilen Bereich tätige Konzerne verloren ebenfalls beträchtliche Vermögenswerte. Das BASF Tochterunternehmen Wintershall musste 1,15 Milliarden Euro, der Gase-Konzerne Linde 901 Milliarden Euro und RWE im Bereich Steinkohle 748 Milliarden Euro abschreiben. Doch auch die Zugsparte Mobility von Siemens verlor 1,13 Milliarden Euro (Sommer 2022).

BASF und Siemens: Abschied fällt schwer

BASF war der deutsche Konzern mit den größten Kapitalbeständen in Russland, der umfassendsten langfristigen strategischen Allianz und engen Kapitalverflechtungen mit Gazprom und in der Gasförderung tätigen Unternehmen in Russland. Daher erstaunt es nicht, dass die Konzernleitung, auch nachdem russische Besatzungstruppen in Ukraine eingefallen waren, ihr Engagement und ihre Kapitalbestände möglichst lange halten wollte. Nach Kriegsbeginn erklärte die Konzernleitung von BASF noch, ein Rück-

zug aus Russland bedeute, dass die milliardenteuren Förderlizenzen in Sibirien entschädigungslos an den Staat zurückfallen würden. BASF stoppte zunächst lediglich den Abschluss neuer Geschäfte (Freytag 2023).

In den ersten Monaten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wehrte sich die Konzernleitung von BASF, unterstützt vom Verband der chemischen Industrie, energisch gegen einen Boykott russischen Gases. Konzernchef Brudermüller verbreitete Panik und meinte, die Volkswirtschaft würde in diesem Falle zusammenbrechen (Brankovic und Theurer 2022). BASF CEO Martin Brudermüller stemmte sich persönlich mit großer Medienpräsenz gegen ein Russland-Embargo und beeinflusste damit auch direkt die Politik der Bundesregierung. Diese widersetzte sich vehement einem Energieboykott gegenüber Russland auf internationaler Ebene. Im August 2022 dreht schließlich Putin selber den Gashahn für Deutschland komplett zu, um politischen Druck aufzubauen. Dieses Szenario bezeichnete Brudermüllers Vorgänger als CEO und gegenwärtiger Aufsichtsratsvorsitzender, Kurt Bock, fünf Jahre zuvor als absurd. Allerdings muss Kapital expandieren. Insofern ist es keine Überraschung, dass die BASF-Konzernleitung im Februar 2023 strategisch wichtige und umfassende Investitionen in China ankündigte (Theurer 2023).

Die enge Partnerschaft der BASF mit zentralen Kapitalgruppen in Russland war naheliegenderweise mit engen Kontakten mit der politischen Führung verbunden. Doch daraus erwuchsen auch politische Implikationen, über die der Konzern nicht gerne reden mag bzw. schnell mit einem Dementi zur Hand ist. Anfang November 2022 berichteten mehrere Medien, dass ein russisches Gemeinschaftsunternehmen von Wintershall Dea und dem Konzern Gazprom Gaskondensat an einen der wichtigsten Lieferanten der russischen Luftwaffe liefere. Wintershall Dea war 2022 an drei Gemeinschaftsunternehmen in Russland beteiligt. Zwei davon stellen Gaskondensat aus dem sogenannten „Achimov-Horizont“ her. Solches Gaskondensat entsteht bei der Förderung von Gas, im konkreten Fall aus dem Urengoiskoje-Feld in Sibirien. Dieses werde an Gazprom weiterverkauft. Journalist:innen von Spiegel und ZDF-Frontal berichteten, sie hätten Lieferungen von Flugbenzin aus Gazprom-Raffinerie zu den Luftwaffenstützpunkten Morosowsk und Woronesch nahe der Grenze zur Ukraine nachvollziehen können. Sie berichteten, dass die Gemeinschaftsunternehmen von Wintershall Dea seit dem Angriff auf die Ukraine umgerechnet Hunderte Millionen Euro an Steuern in die russische Kriegskasse gespült hätten. Konkret hätte der Konzern von Januar bis September 2022 400 Millionen Euro an sogenannten Fördersteuern an den russischen Staat überwie-

sen. Mario Mehren, CEO von Wintershall, widersprach den Vorwürfen. Zudem sei es dem Konzern seit Februar nicht mehr möglich gewesen, Geld aus dem Land zu transferieren. Aufgrund der EU-Sanktionen gegen Russland können Wintershall die Erträge nicht nach Deutschland repatriieren (Koberstein, et al. 2022; Krapp 2022).

Schließlich mündet das langjährige Russlandengagement des BASF-Tochterunternehmens Wintershall Dea in einem Desaster. Der Konzern musste besonders hohe Abschreibungen vornehmen. Die BASF bewertete das Russlandgeschäft in ihrer Bilanz mit 5,4 Milliarden Euro. Noch Mitte November meinte BASF CEO Martin Brudermüller, dass eine komplette Abschreibung nicht nötig sein werde. Schließlich sei „etwa die Hälfte des Engagements ist über Bundesgarantien abgesichert.“ Zudem habe der nicht-russische Teil von Wintershall Dea durch die Gaspreisentwicklung eine deutliche Wertsteigerung erfahren (Brors und Hofmann 2022). Doch nach dem Jahreswechsel gestand BASF ein, die Vermögenswerte der Beteiligung an der Öl- und Gasfördergesellschaft Wintershall Dea in Russland abzuschreiben. Diese Abschreibungen von insgesamt 7,3 Milliarden Euro führen auch dazu, dass BASF für 2022 insgesamt einen Verlust von 1,4 Milliarden Euro ausweist. BASF war jahrzehntelang wichtigster Partner von Gazprom und politischer Fürsprecher von Gaslieferungen aus Russland und der strategischen Energiepartnerschaft mit Russland und dem damit verbundenen hohen Gasfluss (Freytag 2023). Arne Rautenberg, Portfoliomanager bei Union Investment, zufolge war Wintershall das deutsche Unternehmen mit der meisten Exponierung in Russland. „So viel Stahl auf den Boden gestellt, wie Wintershall hat dort sonst keiner“. Die meisten anderen Unternehmen erlitten weniger Kapital-, sondern Umsatzeinbuße (Wulfers 2023).

Auch Siemens hatte über viele Jahre eine starke Präsenz in Russland. Aber im Mai 2022 entschied sich der Konzern sich aus Russland zurückzuziehen. Der Technologiekonzern hatte sein Russlandgeschäft bereits vor 170 Jahren begonnen. Anfang März teilte Siemens mit, keine Neugeschäfte mehr mit Russland einzugehen. Zwei Monate später verkündete er die Geschäfte einschließlich Service und Wartung einzustellen. Siemens beschäftigte in Russland rund 3000 Lohnabhängige, doch der Umsatz belief sich auf weniger als ein Prozent des Konzernumsatzes (Höpner 2022).

Siemens Energy, die ehemalige Energiesparte von Siemen und seit 2020 ein eigenständiges Unternehmen, ist allerdings nicht komplett aus dem Russlandgeschäft ausgestiegen. Die beiden NGOs urgewald und Eco-defense haben herausgefunden, dass Siemens Energy weiterhin mit der staatlichen Atomenergie-Gesellschaft ROSATOM zusammenarbeitet. Das

ist bemerkenswert, weil ROSATOM direkt in den Krieg gegen die Ukraine involviert ist. ROSATOM umfasst 350 Tochterunternehmen und untersteht direkt dem russischen Präsidenten Putin. Das Unternehmen plant und baut Atomreaktoren und ist für die Entwicklung und den Bau von Atomwaffen zuständig. Es ist also ein zentraler Pfeiler im militärisch-industriellen Komplex Russlands. Allerdings gibt es keine Sanktionen gegen den russischen Nuklearsektor. Siemens Energy liefert gemeinsam mit dem Konsortiumspartner Framatome sogenannte „Instrumentation & Control (I&C)-Systeme“ für die russischen Reaktoren. Der französische Konzern Framatome umfasst das Kraftwerksgeschäft des ehemaligen Areva-Konzerns. Wenige Wochen vor dem Angriff auf die Ukraine, am 2. Dezember 2021, unterzeichneten Framatome und ROSATOM ein weiteres strategisches Kooperationsabkommen, bei dem auch Siemens Energy Komponenten für die Instrumentation & Control Systeme beisteuert. Aufsichtsratsvorsitzende von ROSATOM ist Sergei Kirienko, zugleich stellvertretender Leiter der russischen Präsidentschaftsverwaltung. Dieser steht seit der Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny auf den Sanktionslisten der EU, der USA und des Vereinten Königreichs. Die französisch-deutsche Konsortium ist durch die Lieferung dieser technisch hochkomplexen Komponenten der Schaltzentrale eines Reaktors am russischen Atomprogramm und hält damit auch direkten Kontakt ins Machtzentrum des Kremls. ROSATOM hat sich auch das profitable ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja angeeignet. Sergei Kirienko demonstrierte mit seinen Besuchen des Atomkraftwerks direkt seine Nähe zum Kreml und seiner Eroberungsstrategie. Die deutsch-französisch-russische Partnerschaft bei der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen. Diese gehört Framatome und bezieht ihr Uran ebenfalls aus Russland (urgewald 2023; taz 2022). Diese andauernden Kooperationen illustrieren, wie deutsche und französische Konzerne weiterhin mit dem militärisch-industriellen Komplex des russischen Staates verwoben sind.

Die deutschen Industriekonzerne verabschieden sich also nur widerwillig vom Geschäft in und mit Russland. Die Abkoppelung kommt sie teuer zu stehen und markiert eine bedeutende Wende. Inwiefern die Konzerne diese scheinbar „politisch bedingten Risiken“ durch staatliche Ausgleichsleistungen an die Öffentlichkeit auslagern können, bleibt zu prüfen.

Mit LNG erfolgreich durch die Energiekrise

Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine kam weiterhin russisches Gas in der Europäischen Union an – über die Transgas-Pipeline, die Turkstream-Pipeline und als Flüssigerdgas (LNG) auf

dem Seeweg. Gas ist nicht mit Sanktionen belegt. Die Gaslieferungen gingen zwar von einem Anteil von 40 Prozent im November 2021 auf 13 Prozent im November 2022 zurück. Kumuliert blieb im Jahr 2022 bis in den November hinein Russland mit einem Anteil von knapp 25 Prozent zusammen mit Norwegen der größte Gaslieferant der EU. Besonders Österreich hielt am russischen Gas fest und wurde von Russland weiterhin zuverlässig beliefert. Im Dezember 2022 stammten rund 70 Prozent des importierten Erdgases aus Russland. Interessanterweise steigerte Spanien seine Gasimporte aus Russland seit Kriegsbeginn sogar auf einen Anteil von rund 12 Prozent (gegenüber 8,5 bis 10,5 Prozent in den drei Jahren zuvor), obwohl das Land mit seinen Pipelines von Algerien und Regasifizierungsanlagen – den größten in der EU – sogar unabhängig vom russischen Gas sein könnte. Das spanische Ministerium für den ökologischen Wandel erklärte den Sachverhalt mit langfristigen privaten Verträgen und den beträchtlichen Reexporten von Gas in andere EU-Länder (Imwinkelried, et al. 2023). Anzunehmen ist allerdings, dass vor allem die günstigen Preise für russisches Gas weiterhin das zentrale Argument sind, an den Importen aus Russland festzuhalten. Das zeigt, dass die wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Russland einige entscheidenden Bereiche aussparen.

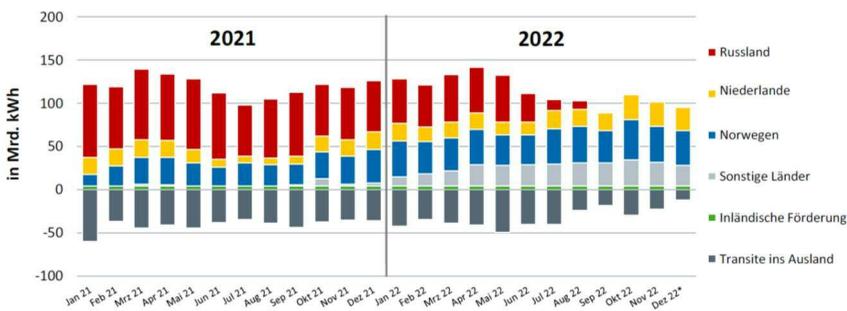
Die europäischen Staaten importierten von Januar bis Oktober 2022 111 Milliarden Kubikmeter LNG-Gas, was einer Steigerung von 70 Prozent gegenüber 2021 entspricht. Die Gaskonzerne in Europa steigerten ihre LNG-Importe russischen Gases von Januar bis Oktober 2022 massiv auf 17,8 Milliarden Kubikmeter, was einer Steigerung von 42 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2021 entspricht. Frankreich, Belgien, Spanien und die Niederlande nahmen fast die gesamte Menge ab. Aus Russland flossen in derselben Zeit immer noch 62,1 Milliarden Kubikmeter Pipelinegas. Das russische LNG machte in dieser Zeit 16 Prozent der mit Schiffen nach Europa transportierten Flüssiggasmenge aus. Aufgrund der strategischen Bedeutung für die Energiesicherheit der europäischen Staaten gibt es keine Sanktionen gegenüber Gasimporten aus Russland. Das zeigt, dass viele europäische Staaten im Energiebereich immer noch eng mit der Putin-Diktatur kooperieren (Tani 2022).

Die deutsche Regierung und Industrie waren durch den russischen Lieferstopp im August 2022 gezwungen die Gasversorgung umzuorientieren. Die deutsche Regierung und die EU-Kommission schafften es durch massive Aufkäufe von Gas anderer Herkunft und durch zahlreiche Abkommen eine Versorgungslücke im Winter 2022-23 zu verhindern. Die Speicherstände erreichten Ende November 2022 verglichen mit den Vorjahren sogar einen Höchststand von nahezu 100 Prozent (BdEW 2022: 16). Nach

dem Winter, Mitte März 2023 waren die Speicher noch zu 63 Prozent gefüllt. Auch im kommenden Winter droht kein Gasmangel (Lohmann 2023).

Die deutsche Regierung und Wirtschaftslenker:innen haben erstaunlich erfolgreich durch diese Phase der Gaskrise navigiert und dabei eine gesellschaftliche und politische Krise umschiffen. Die Lieferungen durch die Pipelines aus Norwegen und den Niederlanden haben rasch massiv zugenommen. Die deutschen Gaskonzerne haben, gestützt durch ihre Regierung, mit ihrer Nachfragemacht andere Bezugsländer auf den internationalen LNG-Märkten verdrängt. Dieses Verhalten hat im Sommer und Herbst 2022 dazu beigetragen, die Gaspreise weiter in die Höhe zu treiben. Nur die reichen Länder waren fortan in der Lage die hohen Spotpreise zu bezahlen.

Deutschland verfügte bislang über keine LNG-Infrastruktur. Doch bereits vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine legte sie den Grundstein für ein massives Expansionsprogramm in diesem Bereich. Seit Kriegsbeginn hat die deutsche Bundesregierung die LNG-Offensive erweitert und treibt diese schnell voran. Die deutsche Regierung startete nach Kriegsbeginn eine massive Offensive für den Ausbau der Infrastruktur für Flüssiggas, die sie nach dem russischen Lieferungsstopp noch intensivierte. In Deutschland existierten bislang keine Anlagen für den Import von Flüssigerdgas auf dem Seeweg. Deutsche Importeure können jedoch auf LNG-Importkapazitäten und Pipelineanschlüsse in anderen europäischen Staaten zurückgreifen. Bereits im Winter 2022-23 gingen zwei sogenannte FSRU (Floating Storage and Regasification Units), also schwimmende LNG-Terminals, ans Netz. Mehrere LNG-Terminals befanden sich in Planung (Prognos 2022: 5).



Quellen: ENTSOG, FNB, eigene Berechnungen

* vorläufig, teilweise geschätzt

Abbildung 4 | Struktur des Erdgasaufkommens in Deutschland 2021 und 2022 in Monatsintervallen
(BdEW 2022: 14)

Die europäischen Importe von LNG stiegen im Jahr 2022 um 66 Prozent von 73.746 Millionen Kubikmeter im Jahr 2021 auf 122.785 Millionen Kubikmeter an (BdEW 2023). Die starken Preissteigerungen und die Mahnungen zum Energiesparen führten allerdings auch dazu, dass der Verbrauch von Erdgas um 14,8 Prozent zurückging. Sowohl die Haushalte als auch Industrie und Gewerbe, Handel und Dienstleistungen verminderten ihren Verbrauch um jeweils gut 14 bis 15 Prozent, wobei die Reduktion der Haushalte auch durch die Witterung begünstigt wurde (BdEW 2022: 15f).

5. Fazit

Die Analyse der deutsch-russischen Energiepartnerschaft lässt sich in fünf Schlussfolgerungen verdichten.

Strategische Orientierung überdauert gesellschaftliche und institutionelle Veränderungen

Die in den 1960er Jahren angebaute und 1970 gestartete deutsch-russische Gaspartnerschaft entwickelte sich zu einem langen pfadabhängigen und sich selbstverstärkenden Prozess. Das günstige russische Gas wurde für die energiehungrige exportorientierte Industrie zu einem strategischen Wettbewerbsvorteil, nicht zuletzt gegenüber Konkurrenten in Asien, die mit deutlich höheren Energiepreise konfrontiert waren.

Diese strategisch deutsch-sowjetische bzw. russische Allianz überdauerte alle politischen Umbrüche: die Niederschlagung der Solidarnosc 1981 in Polen, den Zusammenbruch der bürokratisch-staatskapitalistischen Diktaturen 1989-90, die Auflösung der UdSSR 1991, die beiden russischen Kriege gegen die tschetschenische Bevölkerung 1994–1996 und 1999–2000, der russische Krieg gegen Georgien 2008, die Annexion der Krim, die defacto Besetzung ukrainischer Gebiete ab 2014 und die Zerstörung syrischer Städte durch die russische Luftwaffe. Alle diese Kriege waren für die wesentlichen Fraktionen des deutschen Kapitals kein Grund, die langfristig ausgerichteten Wirtschaftsbeziehungen mit seinen russischen Partner:innen in Frage zu stellen. Erst der erfolgreiche Widerstand der Ukraine gegen den russischen Frontalangriff auf die staatliche Existenz am 24. Februar 2022 brachte die sogenannte Zeitenwende. Große und strategisch wichtige Konzerne Deutschlands hätten die Partnerschaft mit den russischen Partnern gerne weitergeführt. Doch der andauernde Krieg machte das unmöglich.

Politökonomische strategische Bedeutung überdauert gesellschaftliche und institutionelle Veränderungen.

Auch die Liberalisierung der Energiewirtschaft und des Gassektors ab Ende der 1990er Jahre änderten nichts an der grundlegenden Orientierung der Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Russland. Die gesellschaftlichen und institutionellen Veränderungen in Deutschland sowie die im Zuge der Liberalisierung schrittweise durchgesetzte Trennung von Gasimport, Gasversorgung und Pipelinebetrieb führte zu einer Auftrennung der Unternehmen. Diese Entwicklungen ließen neue Akteur:innen entstehen und stark werden. Diese erhielten die Möglichkeit, die neuen Regeln für geopolitische Strategien zu nutzen (Pleines 2021b: 4). Die kapitalstärksten Akteur:innen wie BASF, Ruhrgas bzw. E.ON und RWE agierten als oligopolistische Rival:innen. Sie setzten ihre Kapitalmacht ein, um Einstiegshürden für andere Unternehmen zur errichten beziehungsweise derartige Hürden zu überspringen oder umgehen. Für BASF entsprach die Gründung des Tochterunternehmens Wintershall und verschiedener Gemeinschaftsunternehmen mit Gazprom der strategischen Orientierung langfristig über eine sichere und günstige Gasversorgung zu verfügen. Das profitgetriebene kommerzielle Interesse als Unternehmen stand immer im Vordergrund. Dieses fand jedoch seine entscheidende politische Unterstützung durch die jeweilige Bundesregierung, die bestrebt war, auf internationaler Ebene für die erforderlichen institutionellen Weichenstellungen zu sorgen.

Strategische Orientierung des ideellen Gesamtkapitalisten und der Konzerne

Zugleich stand während einer langen Zeit, eigentlich bis zum Großangriff Russlands auf die Ukraine, das Interesse der großen Gaskonzerne nicht im Widerspruch zu den geopolitischen Interessen des Staates. Der ideelle Gesamtkapitalist (Engels 1878/94: 260) deutscher Staat brachte die Interessen der Gaskonzerne in Einklang mit vielen anderen Sektoren der Wirtschaft, die ihre Wettbewerbsposition mit günstiger Energie verteidigten. Ganz besonders sind hier Industrien mit hohem Gasverbrauch, wie die chemische Industrie und die Stahlindustrie zu nennen. Aber die günstigen Gaspreise senkten auch die Aufwendungen für das zirkulierende Kapital in zahlreichen weiteren Industrien. Sie trugen vor allem auch dazu bei, die Kosten der Lohnabhängigen für Wärme und damit die Reproduktionskosten der Arbeit niedrig zu halten. Alle diese Effekte machen günstige Energieinputs zu einem wichtigen Faktor für die Profitabilität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur der Energiekonzerne, sondern des Kapitals insgesamt in einem Land.

Die wirtschaftlichen Strategien der Konzerne und die (geo-)politischen Strategien der Regierungen sind in einer engen Interaktion miteinander zu verstehen. In einer kapitalistischen Wirtschaft muss der Staat der Aufgabe gerecht werden, möglichst attraktive Akkumulationsbedingungen für das heimische Kapital zu bieten. Das beinhaltet auch, der internationalen Expansion der Konzerne dienlich zu sein. Sowohl der deutsche als auch der russische Staat sind dieser Aufgabe im Gassektor gut nachgekommen. Doch können die politischen Akteure auch ihre eigene Machtlogik entwickeln und diese versuchen energisch durchzusetzen, sowohl gegen die Lohnabhängigen als auch gegen einzelne Fraktionen des Kapitals. Die staatlichen Akteure erlangen also eine teilweise Autonomie gegenüber den Kapitalinteressen, einerseits weil sie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse widerspiegeln, andererseits weil sie – je nach Konstellation – auch ihre eigenen Interessen, die keineswegs nur ökonomisch, sondern auch politisch und ideologisch begründet sein können, durchsetzen. Diese Ausprägung wurde im russischen Kapitalismus der Putin-Area ausgesprochen wirkungsmächtig.

Bei der Errichtung der Pipelines Nord Stream 1 und 2 zeigte sich eine sehr weitgehende Angleichung der Interessen wesentlicher Energiekonzerne und des Staates, die gleichzeitig in starkem Maße den Interessen des russischen Staates und seines zentralen Gaskonzerns Gazprom entsprachen. Die deutsche Seite verband mit den Pipelines, die erwartete Sicherheit langfristig günstiges Gas aus Russland zu beziehen. Der russische Staat wiederum war seit den 1990er Jahren bestrebt, die Ukraine als Transitland zu schwächen und schließlich auszuschalten. Mit den Nord Stream Pipelines war dieses erreichbar. Die deutsche Industrie und die Regierung setzten ebenfalls auf die russischen Partner:innen. Eine direkte Verbindung durch die Ostsee erschien zuverlässiger als der Transit durch die Ukraine.

Geopolitische Ziele können ökonomische überragen

Doch der russische Besatzungskrieg gegen die Ukraine offenbart auch, dass geopolitische Ziele die ökonomischen Interessen in den Hintergrund drängen und diesen offensichtlich zuwiderlaufen können. Die russische Regierung hat durch ihren Angriffs- und Besatzungskrieg die kommerziellen Interessen der Gasindustrie und ganz besonders des Staatskonzerns Gazprom entscheidend geschädigt. Durch die massive Drosselung der Gaslieferungen nach Europa hat sie den zentralen Absatzmarkt von Gazprom sogar teilweise geschlossen. Die Umorientierung auf asiatische Absatzmärkte braucht Zeit. Die massiven Gaspreissteigerungen konnten zwar die Verluste teilweise ausgleichen, doch mittelfristig wird Gazprom durch diese

Entwicklung massiv geschwächt. Durch den Aufbau einer eigenen Gazprom-Armee erweist der Konzern einerseits die Treue zum Putin-Regime, signalisiert aber auch, dass er bereits ist seine Interessen eigenständig durchzusetzen.

Zugespitzte imperialistische Rivalität

Das Zusammenspiel von Staat mit ihren internationalen Vereinbarungen und ihrer institutionellen Integration in internationale Organisationen wie NATO und EU und unterschiedlichen Kapitalfraktionen mit ihren spezifischen und teilweise auch gemeinsamen Interessen ruft nach einer theoretischen Erklärung.

Das zeigt sich bei der Energiepolitik, die auch international abgesichert werden muss. Auch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die weiterhin selektiv wirken und gewisse Sektoren im Interesse der großen Konzerne in den EU-Ländern verschonen, sind letztlich Ergebnis eines durchaus konfliktiven Aushandlungsprozesses zwischen staatlichen Autoritäten und Interessensvertreter:innen unterschiedlicher Wirtschaftssektoren.

Die Rivalität zwischen den großen imperialistischen Mächten wird sich im Zuge der Erschöpfung lukrativer Expansionsmärkte und des im Zuge der Energiewende angestiegenen Ressourcenhungers verschärfen. Das wird sich auf die Rolle des Staates in Bezug auf seine Funktion für die Aufrechterhaltung der Akkumulationsbedingungen auswirken. Dieses Zusammenwirken von Staat und strategischen Schlüsselsektoren gerade auch im Kontext von Kriegen und der Energiewende erfordert weitere industriespezifische Studien und eine theoretische Neubewertung des Zusammenspiels zwischen dem Staat und oligopolistischen Rival:innen mit ihren jeweiligen geopolitischen und geoökonomischen Interessen. Damit sind wir bei der Aufgabe, die unterschiedlichen Formen von Imperialismus theoretisch neu zu bestimmen und erklären.

Literatur

- AG Energiebilanzen (2022): *Importabhängigkeit der deutschen Energieversorgung 2021*; infografik (04-2022), Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. https://ag-energiebilanzen.de/wp-content/uploads/2021/09/AGEB_Infografik_04_2022_Importabhaengigkeit_2021.pdf.
- BAFA (2011): *Entwicklung der Erdgaseinfuhr in die Bundesrepublik Deutschland. Bilanzen 1998 - 2010*. Eschborn: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), 18 S.
- Baffes, John und Nagle, Peter (Hrsg) (2022): *Commodity Markets. Evolution, Challenges, and Policies*. Washington, DC.: International Bank for Reconstruction and Development / The World, 260 S.
- Bahr, Egon (1981): Überleben mit und in den Bündnissen. Es gibt eine Pflicht zur internationalen Solidarität des Friedens. *Vorwärts*, 24.12.1981, S 1. <https://twitter.com/EFDavies/status/1622921523207061505>.
- Ballin, André (2020): Siemens muss sich in Russland einen neuen Joint-Venture-Partner suchen. *Handelsblatt*, 2. Februar 2020. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/technologiekonzern-siemens-muss-sich-in-russland-einen-neuen-joint-venture-partner-suchen/25600274.html> Zugriff: 10. Februar 2023.
- BCG (2021): *Klimapfade 2.0. Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft*, October, Bundesverband der deutschen Industrie e. V. (BDI), Boston Consulting Group, 238 S. <https://www.bcg.com/klimapfade>, <https://web-assets.bcg.com/58/57/2042392542079ff8c9ee2cb74278/klimapfade-study-german.pdf>.
- BdEW (2022): *Die Energieversorgung 2022 – Jahresbericht –*, 20. Dezember, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BdEW): Berlin. https://www.bdew.de/media/documents/Jahresbericht_2022_final_20Dez2022.pdf.
- BdEW (2023): *LNG: Um 66 Prozent*, 13. Januar, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BdEW): Berlin. <https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/zahl-der-woche-lng-um-66-prozent/>.
- Becker, Peter (2010): *Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne*. Bochum: Ponte Press, 372 S.
- Bingener, Reinhard und Wehner, Markus (2023): *Die Moskau-Connection. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit*. München: C. H. Beck, 302 S.
- Bösch, Frank (2022): *Wie Europa von russischer Energie abhängig wurde*: Bundeszentrale für politische Bildung. 25.11.2022. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/europa-wirtschaft/515221/wie-europa-von-russischer-energie-abhaengig-wurde/>. Zugriff 20. März 2023.
- bpb (2022): *Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas* Bundeszentrale für politische Bildung. 13.04.2022. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/507243/deutschlands-abhaengigkeit-von-russischem-gas/>. Zugriff 22. Februar 2023
- Brankovic, Maja und Theurer, Marcus (2022): BASF-Chef im Interview : „Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. April 2022. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/>

- [unternehmen/basf-chef-warnt-vor-gas-embargo-schaeden-fuer-deutsche-volkswirtschaft-17925528.html](#) Zugriff: 21. Februar 2023.
- Brors, Peter und Hofmann, Siegfried (2022): BASF-Chef Martin Brudermüller fürchtet um Europas Wettbewerbsfähigkeit. *Handelsblatt*, 22. November 2022. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/interview-basf-chef-martin-brudermueller-fuerchtet-um-europas-wettbewerbsfaehigkeit/28811806.html> Zugriff: 21. Februar 2023.
- Brudermüller, Martin (2022): Wollen wir unsere Wirtschaft in den Abgrund stoßen?“. *Focus* (Focus-Money | Nr. 15), 3. April 2022. https://www.focus.de/magazin/archiv/interview-wollen-wir-unsere-wirtschaft-in-den-abgrund-stossen_id_78086989.html Zugriff: 8. Februar 2023.
- Brudermüller, Martin; Hage, Simon und Hesse, Martin (2022): BASF-Chef Brudermüller über China und Russland »Das Letzte, was wir brauchen, ist eine Lagerbildung in der Welt«. *Der Spiegel online*, 2. Juni 2023. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/basf-chef-brudermueller-das-letzte-was-wir-brauchen-ist-eine-lagerbildung-in-der-welt-a-7f740f98-3624-4424-9c8e-e4c3f36ffd5a> Zugriff: 22. Februar 2023.
- Correctiv (2022): *Die Gazprom-Lobby*: Correctiv. 10.11.2022. <https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2022/09/20/gas-gazprom-lobby-deutschland/>. Zugriff 20. März 2023.
- Dena (2021): *dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe*, Oktober, Deutsche Energie-Agentur GmbH: Berlin, 310 S. https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publicationen/PDFs/2021/Abschlussbericht_dena-Leitstudie_Aufbruch_Klimaneutralitaet.pdf.
- Deters, Jannik und Stölzel, Thomas (2021): Staatsanwaltschaft ermittelt gegen fünf verdächtige Personen wegen Embargo-Verstoß. *Wirtschaftswoche*, 18. Dezember 2021. <https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/siemens-gasturbinen-auf-der-krim-staatsanwaltschaft-ermittelt-gegen-fuenf-verdaechtige-personen-wegen-embargo-verstoss/27905008.html> Zugriff: 10. Februar 2023.
- Dokzentrum (2022): *Zwischen Gas und Geld: Nordstream 2. Wie Deutschland in die Abhängigkeit des Kreml geriet. Eine Chronologie*: DokZentrum ansTageslicht.de. 02.12.2022. <https://www.anstageslicht.de/themen/heizen-energie-politik/nordstream-2/>. Zugriff 10.02.2023
- Engels, Friedrich (1878/94): *Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft*. Marx-Engels-Werke (MEW) Band 20. 1962. Berlin: Dietz Verlag, 1-303 S.
- Eurostat (2020): *Eurostat: Energy, transport and environment statistics*, 10-17 S. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/11478276/KS-DK-20-001-EN-N.pdf>.
- FAZ (2012): Schröder: Putin weiter „lupenreiner Demokrat“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. März 2012. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nach-der-wahl-in-russland-schroeder-putin-weiter-lupenreiner-demokrat-11675278.html> Zugriff: 10. Februar 2023.
- Fischer, Andreas; Küper, Malte und Schaefer, Thilo (2022): Gaslieferungen aus Russland können kurzfristig nicht kompensiert werden. *Wirtschaftsdienst, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft* 102 (4), S. 259-261. <https://www.iwkoeln.de/studien/andreas-fischer-malte-kueper-thilo-schaefer-gaslieferungen-aus-russland-koennen-kurzfristig-nicht-kompensiert-werden.html>.

- Fremerey, Melinda und Gerards Iglesias, Simon (2022): *Substitutionspotentiale von Gas in der deutschen Industrie*; IW-Kurzbericht (40), 20. April 2022, Institut der deutschen Wirtschaft: Köln, 3 S.
- Freytag, Bernd (2023): Milliardenverlust : BASF-Tochter in Russland mithin „wirtschaftlich enteignet“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Januar 2023. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/basf-tochter-wintershall-dea-in-russland-wirtschaftlich-enteignet-18609811.html> Zugriff: 21. Februar 2023.
- Fröndhoff, Bert; Knitterscheidt, Kevin und Müller, Anja (2022): Industrie sieht wenig Energie-Einsparpotenziale – und fürchtet deshalb Produktionsstopp. *Handelsblatt*, 24. Juni. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/drohender-gas-engpass-industrie-sieht-wenig-energie-einsparpotenziale-und-fuerchtet-deshalb-produktionsstopps/28441988.html> Zugriff: 30. Dezember 2022.
- Giesen, Christoph und Hans, Julian (2017): Turbinen auf der annektierten Krim: Siemens und der Wolf. *Süddeutsche Zeitung*, 22. Juli 2017. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/turbinen-auf-der-annektierten-krim-siemens-und-der-wolf-1.3598019-2> Zugriff: 10. Februar 2023.
- Handelsblatt (2004): Schröder hält Putin für lupenreinen Demokraten, 22. November 2004. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/laut-interview-in-der-ard-sendung-beckmann-schroeder-haelt-putin-fuer-lupenreinen-demokraten/2439580.html> Zugriff: 10. Februar 2023.
- Handelsblatt (2012): Russische Gazprom darf bei VNG aufstocken, 1. Februar 2012. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/freigabe-vom-kartellamt-russische-gazprom-darf-bei-vng-aufstocken/6139086.html> Zugriff: 20. Februar 2023.
- Handelsblatt (2022): Siemens Energy trennt sich von russischem Gasturbinen-Hersteller, 14. Oktober 2022. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/energie/technik/unternehmen-siemens-energy-trennt-sich-von-russischem-gasturbinen-hersteller/28747614.html> Zugriff: 10. Februar 2023.
- Höpner, Axel (2022): Siemens zieht sich ganz aus Russland zurück – Gewinn im zweiten Quartal halbiert sich. *Handelsblatt*, 12. Mai 2022. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ukraine-krieg-siemens-zieht-sich-ganz-aus-russland-zurueck-gewinn-im-zweiten-quartal-halbiert-sich/28315174.html> Zugriff: 20. Februar 2023.
- Höpner, Axel und Bruch, Christian (2022): Siemens-Energy-Chef: „Wenn wir sofort aus russischem Gas aussteigen, werden die Auswirkungen dramatisch sein“. Interview mit Christian Bruch. *Handelsblatt*, 1. April 2022. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/christian-bruch-im-interview-siemens-energy-chef-wenn-wir-sofort-aus-russischem-gas-aussteigen-werden-die-auswirkungen-dramatisch-sein/28214382.html> Zugriff: 8. Februar 2023.
- Höpner, Axel; Matthes, Sebastian und Münchrath, Jens (2022): „Ein Fehler, aus dem ich gelernt habe“ – Joe Kaeser über seinen Umgang mit Putin. *Handelsblatt*, 5. April 2022. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/interview-ein-fehler-aus-dem-ich-gelernt-habe-joe-kaeser-ueber-seinen-umgang-mit-putin/28225484.html> Zugriff: 10. Februar 2023.
- Imwinkelried, Daniel; Louven, Sandra und Wermke, Christian (2023): Russland beliefert viele EU-Länder weiter mit Gas – Spanien erhöht seinen Import sogar. *Handelsblatt*, 21. Februar 2023. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/>

- [energieversorgung-russland-beliefert-viele-eu-laender-weiter-mit-gas-spanien-erhoeht-seinen-import-sogar/28990248.html](#) Zugriff: 21. Februar 2023.
- Jacobs, Hans-Jürgen (2022): VW-Chef als Kundschafter des Friedens, 10. Mai 2022. <https://www.handelsblatt.com/meinung/morningbriefing/morning-briefing-vw-chef-als-kundschafter-desfriedens/28319740.html> Zugriff: 20. Februar 2023.
- Koberstein, Hans; Niedermeier, Nathan; Obermaier, Frederik und Schaar, Ruben (2022): Treibstoff für russischen Bombenkrieg. Zerstörung mit deutscher Hilfe? *ZDF Frontal*, 8. November 2022. https://www.zdf.de/politik/frontal/ukraine-krieg-jointventure-wintershall-konzern-liefert-gaskondensat-lieferanten-der-russischen-luftwaffe-100.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE 4. November 2022 Zugriff: 21. Februar 2023.
- Krapp, Catiana (2022): Deutscher Gaskonzern: Wintershall weist Vorwürfe zu Russland-Geschäft zurück. *Handelsblatt*, 5. November 2022. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/gaskondensat-deutscher-gaskonzern-wintershall-weist-vorwurfe-zu-russland-geschaef-zurueck/28790864.html> Zugriff: 20. Februar 2023.
- Kukuk, Jürgen Stefan; Krause, Hartmut; Leicher, Jörg; Lucke, Nadine; Burmeister, Frank; Albus, Rolf; Graf, Frank; Wetzell, Uwe; Schwarz, Stefanie; Gröschl, Frank; Gerstein, Dietrich und Bartsch, Volker (2020): Gas. *BWK ENERGIE*. 72 (08-09), S. 94-115. <https://doi.org/10.37544/1618-193X-2020-08-09-94>.
- Kusznir, Julia (2015): Gazproms neue Strategie für Europa *Russland-Analysen* (303) 23.10.2015, S. 5-7. <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/303/gazproms-neue-strategie-fuer-europa/>.
- Leuschner, Udo (2003a): *E.ON übernimmt Ruhrgas nach außergerichtlicher Einigung*. 1. Januar 2003. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/030101.htm>. Zugriff 7. Februar 2023
- Leuschner, Udo (2003b): *Wintershall und Gazprom gründen gemeinsame Fördergesellschaft für Erdgas*. 16. Juli 2003. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/030716.htm>. Zugriff 24. Januar 2023
- Leuschner, Udo (2006): *Gazprom Germania sucht nach Beteiligungen*. 11. Oktober 2006. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/061011.htm>. Zugriff 7. Februar 2023
- Leuschner, Udo (2008a): *Der "Wattikan" gibt Gas. RWE übernimmt drei deutsche Verteilnetze und die gesamte Gasversorgung in Tschechien*. <https://www.udo-leuschner.de/basiswissen/SB101-08.htm>. Zugriff 7. Februar 2023
- Leuschner, Udo (2008b): *Gazprom ante portas. Der russische Gaslieferant will selber auf dem deutschen Markt aktiv werden und spielt seine Partner gegeneinander aus*. <https://www.udo-leuschner.de/basiswissen/SB101-11.htm>. Zugriff 23. November 2022
- Leuschner, Udo (2008c): *Die deutsche Gasversorgung von den Anfängen bis 1998*, September 2008. <https://www.udo-leuschner.de/basiswissen/SB100-002.htm>; <https://www.udo-leuschner.de/pdf/gasversorgung.pdf> Zugriff: 20. August 2022.
- Leuschner, Udo (2010): *E.ON hat sämtliche Gazprom-Anteile verkauft*. 11. Dezember 2010. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/101211.htm>. Zugriff 24. Januar 2023
- Leuschner, Udo (2011a): *Siemens und Gazprom vereinbaren "strategische Partnerschaft"*. 1. Dezember 2011. <https://www.energie-chronik.de/111201.htm>. Zugriff 7. Februar 2023

- Leuschner, Udo (2011b): *Ostsee-Pipeline "Nord-Stream" offiziell in Betrieb genommen*. 1. November 2011. <https://www.energie-chronik.de/111101.htm>. Zugriff
- Leuschner, Udo (2012): *BASF überläßt Gazprom das Erdgasgeschäft in Deutschland und Westeuropa*. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/121101.htm>. Zugriff 1. November 2012
- Leuschner, Udo (2014): *BASF verzichtet auf Überlassung ihres Gashandelsgeschäfts an Gazprom*. <https://www.energie-chronik.de/141202.htm>. Zugriff 2. Dezember 2014
- Leuschner, Udo (2015): *Gazprom gibt Gas: Zweites Konsortium für Ostsee-Pipeline gegründet*. 15. September 2015. <https://www.energie-chronik.de/150905.htm>. Zugriff 7. Februar 2023
- Leuschner, Udo (2017a): *Schröder ist nun sogar Aufsichtsratsvorsitzender von Rosneft*. 7. September 2017. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/170907.htm>. Zugriff 10. Februar 2023
- Leuschner, Udo (2017b): *Uniper verkauft Beteiligung am russischen Gasfeld Juschno Russkoje* 13. März 2017. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/170313.htm>. Zugriff 24. Januar 2023
- Leuschner, Udo (2019): *Putin nahm Siemens-Gasturbinen auf der Krim in Betrieb* 7. März 2019. <https://www.udo-leuschner.de/energie-chronik/190307.htm>. Zugriff 7. Februar 2023
- Leuschner, Udo (2021): *Mecklenburg-Vorpommern gründet Stiftung zur Vollendung von Nord Stream* 2. 5. Januar 2021. <https://www.energie-chronik.de/210105.htm>. Zugriff 7. Februar 2023
- Leuschner, Udo (2022): *Das endgültige Ende aller Putin-Versteherei*. Februar. <https://www.energie-chronik.de/220201d1.htm>. Zugriff 23. November 2022
- Lohmann, Björn (2023): *LNG-Terminals: Überdimensionierter Flüssiggasausbau gefährdet Klimaziele*. *Riff Reporter*, 19.03.2023. <https://www.riffreporter.de/de/umwelt/klimakrise-gaskrise-Ing-terminals-studie-energieuende-klimaziele> Zugriff: 23.03.2023.
- MDR (2022): *Viertes Leck in Nord-Stream-Pipelines entdeckt*: Mitteldeutscher Rundfunk. 29. September 2022. <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/wirtschaft/viertes-pipeline-leck-nord-stream-ostsee-100.html>. Zugriff 7. Februar 2023
- Neuhaus, Christina (2022): *Ein Deal mit Putin? Magdalena Martullo und der Elefant im Raum*. *Neue Zürcher Zeitung*, 27. Juni 2022. <https://www.nzz.ch/ein-deal-mit-putin-magdalena-martullo-und-der-elefant-im-raum-ld.1690932?reduced=true> Zugriff: 22. Februar 2023.
- OPEC (2021): *2021 World Oil Outlook 2045*, September 28, 2021, Organization of the Petroleum Exporting Countries, OPEC Secretariat: Wien, 320 S.
- Perović, Jeronim (2022): *Rohstoffmacht Russland. Eine globale Energiegeschichte*. Köln: Böhlau, 264 S.
- Pirani, Simon (2022): *Ukraine: the sources of danger of a wider war*. March 21, 2022. <https://peopleandnature.wordpress.com/2022/03/21/ukraine-the-sources-of-danger-of-a-wider-war/>. Zugriff 24 January 2023
- Pleines, Heiko (2021a): *Das Ende des russischen Erdgastransits. Herausforderungen für die Ukraine*. *Ukraine-Analysen* (258), S. 2-6. <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/258/UkraineAnalysen258.pdf>.

- Pleines, Heiko (2021b): Der deutsch-russische Erdgashandel. Die Ursachen der aktuellen Spannungen. *Russland-Analysen* (410), S. 2-8. <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/410/RusslandAnalysen410.pdf>.
- Prognos (2022): *Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie*; Eine vbw Studie, erstellt von Prognos, Juni 2022, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.: München, 45 S.
- Prognos; Öko-Institut und Wuppertal-Institut (2021): *Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann. Zusammenfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende*, Prognos, Öko-Institut, Wuppertal Institut, Stiftung Klimaneutralität; Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, 32 S.
- Putin, Wladimir (2010): Plädoyer für Wirtschaftsgemeinschaft: Von Lissabon bis Wladiwostok. *Süddeutsche Zeitung*, 25. November. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908-0>.
- Schmidt-Felzmann, Anke (2018): Instrument russischer Geopolitik. Ernste Bedenken sprechen gegen die Erdgaspipeline Nord Stream 2. *Internationale Politik* 73 (2) März/April, S. 100-106.
- Schütze, Arno; Krapp, Catiana; Fröndhoff, Bert; Müller, Anja; Kolf, Florian; Telgheder, Maïke und Menzel, Stefan (2022): Warum sich deutsche Firmen nicht mal eben aus Russland zurückziehen können. *Handelsblatt*, 9. Juni 2022 *Zugriff*: 22. Juni 2023.
- Soldatkin, Vladimir (2018): *Gazprom says gas transit via Ukraine to Europe may fall to 10-15 bcm per year*: Reuters. April 10, 2018. <https://www.reuters.com/article/us-russia-ukraine-gas-idUSKBN1HH2HL>. *Zugriff* February 14, 2023
- Sommer, Ulf (2016): Investoren kehren nach Russland zurück. *Handelsblatt*, 24. Mai 2016. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/groesste-zuwaechse-investoren-kehren-nach-russland-zurueck/13631578.html> *Zugriff*: 20. Februar 2023.
- Sommer, Ulf (2022): Zehn Milliarden Euro gestrichen: Dax-Konzerne schreiben Russland ab. *Handelsblatt*, 23. August 2022. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/bilanzen-zehn-milliarden-euro-gestrichen-dax-konzerne-schreiben-russland-ab/28612004.html> *Zugriff*: 20. Februar 2023.
- Spiegel online (2015): *BASF und Gazprom besiegeln Milliarden-Deal*: Spiegel online. 4. September 2015. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/basf-und-gazprom-tauschen-firmenanteile-in-milliardenwert-a-1051387.html>. *Zugriff* 8. Februar 2023
- Statista (2022): *Einfuhr von Steinkohle aus Russland in Deutschland in den Jahren 1990 bis 2021*: Statista. 1. April 2022. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156256/umfrage/einfuhr-von-steinkohle-aus-russland-seit-1991/>. *Zugriff* 5. Februar 2023
- Tani, Shotaro (2022): Europe's imports of Russian seaborne gas jump to record high. *Financial Times*, November 28, 2022. <https://www.ft.com/content/81db1e45-6ef9-4034-879b-82597e2b87f9> *Zugriff*: Februar 23, 2023.
- taz (2022): Verbände-Kritik an Siemens Energy. *Tageszeitung*, 7. Februar 2023. <https://taz.de/Folgen-des-Ueberfalls-auf-die-Ukraine/!5910770/> *Zugriff*: 21. Februar 2023.

- Theurer, Marcus (2022): Der Weg in die Erdgas-Falle. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (14), 10. April, S 20. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energieversorgung-wie-kam-es-zur-abhaengigkeit-von-russland-17943604.html> Zugriff: 21. November 2022.
- Theurer, Marcus (2023): BASF-Chef Martin Brudermüller : „Es wäre naiv, zu glauben, dass wir einfach zur Tagesordnung übergehen können“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Februar 2023. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/basf-chef-brudermueller-stemnte-sich-gegen-ein-russland-embargo-18684921.html> Zugriff: 21. Februar 2023.
- urgewald (2023): *Der nukleare Pakt mit dem Teufel - Siemens Energy muss seine Geschäftsbeziehungen mit ROSATOM sofort beenden.*: urgewald. 6. Februar 2023. <https://www.urgewald.org/medien/nukleare-pakt-teufel-siemens-energy-geschaeftsbeziehungen-rosatom-sofort-beenden>. Zugriff
- VNG (2006): *Rund 90 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland bis Ende 2030 VNG und WIEH unterzeichnen internationalen Importvertrag in Moskau.* 5. Juli 2006. <https://www.presseportal.de/pm/38708/844631>. Zugriff 20. Februar 2023
- Waschinski, Gregor (2022): Wie Europa seine Gasströme umlenkt – und unabhängig von Russland wird. *Handelsblatt*, 16. November. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/energiekrise-wie-europa-seine-gasstroeme-umlenkt-und-unabhaengig-von-russland-wird/28809308.html> Zugriff: 21. November.
- World Bank (2022): *Commodity Markets Outlook*. Washington, DC: nternational Bank for Reconstruction and Development / World Bank, 40 S.
- Wulfers, Alexander (2023): Ausstieg aus Russland-Geschäften wird für Dax-Unternehmen teuer. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Januar 2023. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/ausstieg-aus-russland-geschaeften-wird-fuer-dax-unternehmen-teuer-18617498.html> Zugriff: 21. Februar 2023.
- Zachmann, Georg; Sgaravatti, Giovanni und McWilliams, Ben (2023): *European natural gas imports*, 1 February 2023, Bruegel: Brussels. <https://www.bruegel.org/dataset/european-natural-gas-imports> Zugriff: 6 February 2023.
- Zachmann, Georg; Tagliapietra, Simone; McWilliams, Ben und Sgaravatti, Giovanni (2022): *Can Europe manage if Russian oil and coal are cut off?*: Bruegel. 17 March 2022. <https://www.bruegel.org/blog-post/can-europe-manage-if-russian-oil-and-coal-are-cut>. Zugriff 5. Februar 2023

Christian Zeller lehrt Wirtschaftsgeographie an der Universität Salzburg und publiziert zu global ungleicher Entwicklung, Bedeutungszunahme des Finanzkapitals, Inwertsetzung der Natur und Wirtschaftsdemokratie. Er setzt sich für eine transnationale ökosozialistische Bewegung von unten ein und ist Mitglied der Redaktion von *emanzipation*.